

INHALT:

Editorial

Seite 262

GI Aktuell

Seite 262

GI Leitsätze

Seite 264

Abtretung von Honoraransprüchen des StB

Seite 265

Abtretung / Verschwiegenheitspflicht / Pfändbarkeit /
Insolvenzbeschluss
(BGH, Urt. v. 25.3.1999 - IX ZR 223/97)

Steuerberaterhaftung

Seite 271

Aufdeckung stiller Reserven / Steuerschaden? / Beratungs-
umfang, Betriebsaufgabe / Darlegung eines Schadens
(OLG Köln, Urt. v. 19.2.1999 - 19 U 115/98, n.rkr.,
Az. d. BGH: IX ZR 123/99)

Steuerberaterhonorar

Seite 275

Rückforderungsanspruch / Darlegungs- und Beweislast /
Anspruch aus ungerechtfertigter Bereicherung / Verspätungs-
zuschläge
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 9.10.1997 - 13 U 153/96)

Notarhaftung

Seite 280

Belehrung über Steuer- und Subventionsfragen? / Eigenheim-
zulagenG
(LG Osnabrück, Urt. v. 11.1.1999 - 2 O 418/98)

GI Hinweise

Seite 281

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Seite 282



Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

das Thema **Abtretung und Pfändung von Steuerberater- oder Rechtsanwaltshonorar** wurde vom BGH erneut aufgegriffen. Er folgt der überwiegenden Meinung, wonach deren **Pfändung trotz der Abtretungsverbote** in §§ 64 StBerG, 49b BRAO **erfolgen kann**. Zur Erinnerung: Die Abtretung von Honorarforderungen an Nicht-Steuerberater ist nur zulässig, wenn der Anspruch rechtskräftig festgestellt ist, ein erster Vollstreckungsversuch fehlschlug und der Steuerberater eine schriftliche Einwilligung eingeholt hat. Diese Einschränkung freier Abtretbarkeit begründet aber nach Auffassung des BGH keine Unpfändbarkeit i.S.d. § 851 Abs. 1 ZPO.

Das OLG Köln befaßt sich mit einer **typischen Haftungsdiskussion im Anschluß an die Aufdeckung stiller Reserven**: Dem Steuerberater wurde vom Mandanten **das Ziel der Steuergestaltung seines Ruhestandes und der Betriebsaufgabe vorgegeben**. Der Mandant ist nach Erhalt der Steuerbescheide und Gesprächen mit anderen Beratern der Auffassung, das o.g. Mandat habe seinen Steuerberater auch verpflichtet, andere steuergünstige Gestaltungs- und Umwandlungsmöglichkeiten zu erörtern, auch wenn diese weder zum Ruhestand noch zur Betriebsaufgabe geführt hätten.

Das OLG Köln stellt gegenüber diesem Vorwurf **klar, daß die Haftung des Beraters sich allein am Inhalt des erteilten Auftrags orientiert**. Er hatte also nur über den steuergünstigen Weg zur Erreichung des Ruhestandes und der Betriebsaufgabe zu beraten. Das OLG Köln bestätigt in dieser Entscheidung beiläufig, daß die **Aufdeckung stiller Reserven durch Übergang des Betriebsvermögens in das Privatvermögen** keine Schädigung, sondern eine Realisierung des vorhandenen Vermögens darstellt (ebenso OLG Hamm, GI 1997, 141).

Zum Steuerberaterhonorar wiederholt das OLG Düsseldorf, der Berater müsse darlegen und beweisen, daß Vorschüsse bereits durch geleistete Arbeiten „verdient“ wurden. Zahlungen sind nicht **ohne Rechtsgrund i.S.d. § 812 BGB** erbracht, wenn der Berater aus der Handakte belegt, daß die in Rechnung gestellten Arbeiten tatsächlich erbracht wurden. Behauptet der Mandant **mangelhafte Arbeit** des Steuerberaters, berechtigt ihn dies nicht zur **Honorarminderung**.

Zur **Notarhaftung** weist das LG Osnabrück darauf hin, daß der Notar nicht über das **Eigenheimzulagengesetz** bei der Beurkundung eines Grundstückskaufvertrages beraten muß.



Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dr. Jürgen Gräfe

GI Aktuell

BVerfG: Keine Grundsatzentscheidung zur Belastung von Familien durch indirekte Steuern

Die Medienberichterstattung zu einer angeblichen Grundsatzentscheidung des BVerfG im Zusammenhang mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer von 15% auf 16% gibt Anlaß zu folgenden Hinweisen:

1. Es handelt sich bei dem Beschluß vom 23.8.1999 nicht um ein Urteil, sondern um den Beschluß einer **Kammer** (besetzt mit **drei** Richtern). Schon dies weist darauf hin, daß es bei der Verfassungsbeschwerde (Vb) nicht um Fragen von grundsätzlicher Bedeutung ging, sonst hätte der **Senat** (**acht** Richter) entschieden.
2. Die Vb ist **nicht zur Entscheidung angenommen** worden. Soweit sie Fragen der Familienbesteuerung, der Berechnung des sächlichen Kinderexistenzminimums und der einkommensteuerlichen Berücksichtigung des Betreuungs- und des Erziehungsbedarfs betraf, weist die Kammer darauf hin, daß diese Fragen bereits vom Zweiten Senat entschieden worden sind (Beschluß vom 10.11.1999; veröffentlicht im Januar 1999). Eigene Sachentscheidungen hat die Kammer wegen der Nichtannahme der Vb nicht getroffen.
3. Soweit die Kammer im Zusammenhang mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer darauf hinweist, der Steuergesetzgeber habe stets darauf zu achten, daß eine Erhöhung indirekter Steuern und Abgaben den Lebensbedarf vermehre und die existenzsichernden Abzüge diesem erhöhten Bedarf anzupassen seien, entspricht dies der ständigen Rechtsprechung des BVerfG, ist also nichts Neues.

4. Der Beschluß enthält **keine Empfehlung, einen Steuerbescheid anzufechten**. Es wird lediglich darauf hingewiesen, daß für den Beschwerdeführer (Bf) diese **Möglichkeit** bestehe. Der Hinweis erfolgt im Zusammenhang mit der Erörterung des Grundsatzes der Subsidiarität der Vb. Der Grundsatz bedeutet, daß zunächst der Rechtsweg auszuschöpfen ist, die aufgeworfenen Fragen also zunächst von den Fachgerichten zu klären sind, bevor eine Vb zum BVerfG erhoben werden kann.

(BVerfG, Beschl. v. 23.8.1999 – 1 BvR 2164/98)

Pressemitteilung d. BVerfG v. 23.9.1999

BGH: Haftung von Mitgliedern einer Personengesellschaft „mbH“

Der Bundesgerichtshof hatte darüber zu befinden, ob die Beklagten als Mitglieder einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts für Mietschulden der Gesellschaft persönlich einzustehen hatten oder den Vermieter auf das Vermögen der Gesellschaft verweisen durften. Dieser Mietvertrag war auf seiten der Beklagten unter der Bezeichnung „GbR mbH“ (was heißt: Gesellschaft bürgerlichen Rechts mit beschränkter Haftung) abgeschlossen worden.

Daß die Gesellschafter einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts für deren Verbindlichkeiten nach dem gesetzgeberischen Konzept grundsätzlich auch persönlich einzustehen haben, ist nie bezweifelt worden. Doch entfällt eine solche Haftung nach einer Ansicht schon dann, wenn die von den Gesellschaftern beschlossene Beschränkung der Haftung auf das Gesellschaftsvermögen für den Vertragspartner erkennbar ist, nach anderer Ansicht erst dann, wenn diese Beschränkung mit dem Vertragspartner vereinbart wird.

Heftig umstritten war die Frage, ob die Haftungsbeschränkung schon durch firmenähnliche Zusätze zu der Bezeichnung der Gesellschaft wie „... GbR mbH“ oder „... GbR mit beschränkter Haftung“ oder „... GbR ohne persönliche Gesellschafterhaftung“ u.ä. auf dem Briefbogen der Gesellschaft, auf Rechnungen etc. erreicht werden kann.

Mit Urteil vom 27.9.1999 hat der Bundesgerichtshof entschieden, daß die Gesellschafter für die im Namen der Gesellschaft begründeten Verbindlichkeiten kraft Gesetzes auch persönlich haften. Diese Haftung kann nicht durch einen Namenszusatz oder einen anderen, den Willen, nur beschränkt für die Gesellschaftsverbindlichkeiten einzustehen, verdeutlichenden Hinweis beschränkt werden.

Erforderlich ist vielmehr eine entsprechende individuell getroffene Abrede der Parteien im Rahmen des zwischen ihnen geschlossenen Vertrages.

(BGH, Urt. v. 27.9.1999 – II ZR 371/98)

Pressemitteilung d. BGH v. 27.9.1999

BFH: Keine steuerliche Anerkennung eines hauswirtschaftlichen Beschäftigungsverhältnisses bei Arbeitsleistungen für das eigene Kind

Mit Urteil vom 19.5.1999 – XI R 120/96 hat der Bundesfinanzhof (BFH) entschieden, daß ein hauswirtschaftliches Beschäftigungsverhältnis mit der nichtehelichen Lebensgefährtin steuerlich nicht anerkannt werden kann, wenn diese zugleich Mutter des zum Haushalt gehörenden gemeinsamen Kindes ist.

Im Streitfall führte der unverheiratete Kläger mit der leiblichen Mutter seines minderjährigen behinderten Kindes einen gemeinsamen Haushalt. Er machte für 1993 Aufwendungen für ein hauswirtschaftliches Beschäftigungsverhältnis mit seiner nichtehelichen Lebensgefährtin in Höhe von 11.456 DM geltend. Das Finanzamt ließ die Aufwendungen nicht zum Abzug als Sonderausgabe nach § 10 Abs. 1 Nr. 8 des Einkommensteuergesetzes 1990 (EStG 1990) zu. Das Finanzgericht gab der dagegen gerichteten Klage statt.

Der BFH hob nunmehr das Urteil des Finanzgerichts auf und wies die Klage ab. Er führte im wesentlichen aus, daß § 10 Abs. 1 Nr. 8 EStG 1990 den Sonderausgabenabzug von Aufwendungen eines Alleinstehenden für ein hauswirtschaftliches Beschäftigungsverhältnis zur Betreuung eines zum Haushalt gehörenden Kindes erlaube, wenn das Kind noch nicht 10 Jahre alt oder behindert sei.

Ein steuerlich anzuerkennendes hauswirtschaftliches Beschäftigungsverhältnis zur Betreuung des Kindes könne zwar grundsätzlich auch mit dem nichtehelichen Lebenspartner begründet werden. Dies gelte aber nicht, wenn die Arbeitsleistung – wie im Streitfall – von der Lebensgefährtin für das eigene Kind erbracht werde.

Die nichteheliche Lebensgefährtin sei dann in ihrer Eigenschaft als Mutter ohnehin zur Versorgung des Kindes verpflichtet. Ein weiteres Rechtsverhältnis mit derselben Verpflichtung könne nicht anerkannt werden.

(BFH, Urt. v. 19.5.1999 – XI R 120/96)

Pressemitteilung d. BFH v. 29.9.1999

GI Leitsätze

Strafvereitelung/Strafverteidiger/Grenzen erlaubter Strafverteidigung

Die Grenzen sachgerechter erlaubter Strafverteidigung sind regelmäßig überschritten, wenn der Verteidiger seinem Mandanten Informationen über Eigenschaften, Wirkungsweise und Dosierung von tatsächlich nicht eingenommenen Medikamenten beschafft, um damit unter Verletzung seiner Wahrheitspflicht wissentlich wahrheitswidrige Einlassungen seines Mandanten zu ermöglichen. Ein solches Verhalten kann als sachwidrige Erschwerung der Strafverfolgung den Tatbestand der Strafvereitelung nach § 258 StGB erfüllen. (Leitsatz nicht amtlich) (BGH, Urt. v. 26.11.1998 - 4 StR 207/98, wistra 1999, 140)

Werbung/Rundschreiben/Rechtsanwalt

Ein anwaltliches Rundschreiben an einen begrenzten Personenkreis (Gewerbetreibende, Unternehmer, Geschäftsleute) der Region ist unzulässig und wettbewerbswidrig, wenn sachliche Information von reklamehaften Angaben überlagert und vermuteter gegenwärtiger Beratungsbedarf ausdrücklich aufgegriffen und zur Mandatserteilung angeregt wird. (OLG Koblenz, Urt. v. 13.4.1999 - 4 U 1730/98, OLG-Report 1999, 273)

Betreuer/Rechtsanwalt/Prozeßführungsrecht

1. Die Bestellung eines Rechtsanwalts als Betreuer zur Wahrnehmung des Persönlichkeitsrechts des Betreuten umfaßt auch die Berechtigung zur Prozeßführung; eine zusätzliche Bevollmächtigung des Rechtsanwalts ist nicht erforderlich.
2. Bereits die ungenehmigte Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen zur Darstellung eines Wachkoma-Patienten auf dem Krankenlager verletzt dessen Persönlichkeitsrecht. Im Falle des vorsätzlichen Rechtsbruchs ist dem Verletzer grundsätzlich jeder weitere Zugriff auf das hierdurch erlangte Material zum Zweck der Veröffentlichung verwehrt, ohne daß er sich für sein Publikationsinteresse auf verfassungsrechtliche Schutzansprüche nach Artikel 5 Abs. 1 GG berufen kann. (OLG Karlsruhe, Urt. v. 14.10.1998 - 6 U 120/97, OLG-Report 1999, 238)

Rechtsberatung/Wirtschaftsprüfer/Geltendmachung von Ansprüchen nach dem VermG

1. Die Durchsetzung von Rückübertragungsansprüchen nach dem VermG stellt eine nach Artikel 1 § 1 Abs. 1 RBERG erlaubnispflichtige Tätigkeit dar.
2. Die Klärung betriebswirtschaftlicher Vorfragen führt nicht dazu, daß ein unmittelbarer Zusammenhang mit den Aufgaben eines Wirtschaftsprüfers i.S.v. Artikel 1 § 5 Nr. 2 RBERG besteht. Ein Wirtschaftsprüfer kann daher Rückübertragungsberechtigte bei der Durchsetzung von Rückübertragungsansprüchen nach dem VermG gegenüber Vermögensägern und anderen Beteiligten nicht vertreten. (OLG Dresden, Urt. v. 13.1.1998 - 14 U 472/97, OLG-Report 1999, 274)

Anwaltliche Rechtsberatung über Telefon-Hotline

Die Einrichtung einer sog. Rechtsberatungshotline, bei welcher der anrufende Rechtssuchende direkt zum Zweck der Erteilung einer Rechtsberatung an einen Rechtsanwalt/eine Rechtsanwältin weitergeschaltet wird, verletzt kein geltendes Recht. (LG Berlin, Urt. v. 18.8.1998 - 16 U 121/98, n.rkr., AnwBl 1999, 115)

1. Die Einbeziehung einer Zeitvergütung (3,63 DM je Minute) für eine telefonische Rechtsberatung unter der Service-Telefonnummer 01 90 verstößt gegen die Grundsätze der BRAGO und § 1 UWG.
2. Die Teilnahme der Rechtsanwälte an dem Telefonservice ist ebenso wie die Werbung für die telefonische Rechtsberatung wettbewerbswidrig. (OLG Frankfurt, Urt. v. 5.11.1998 - 6 U 130/98, NJW 1999, 152)
1. Der Betrieb einer Telefon-Hotline, über die bundesweit Rechtsberatung durch Rechtsanwälte eingeholt werden kann, stellt keinen Verstoß gegen das RBERG dar.
2. Die an der Telefon-Hotline teilnehmenden Rechtsanwälte verstoßen weder gegen die Werberegeln noch die Gebühreneinzugsregeln des anwaltlichen Berufsrechts. (OLG München, Urt. v. 23.7.1998 - 29 U 4042/98, NJW 1999, 150)

Abtretung von Honoraransprüchen des StB

- Verschwiegenheitspflicht
 - Pfändbarkeit
 - Insolvenzbeschlag
- (BGH, Urt. v. 25.3.1999 - IX ZR 223/97)

Leitsätze:

1. Eine schuldrechtliche Vereinbarung zwischen einer Bank, ihrem Kunden und dessen Sicherungsnehmer (Bürgen), daß die Bank eingehende Zahlungen nur zur Verringerung eines (vom Sicherungsnehmer verbürgten) Sollsaldos verrechnen soll, begründet kein Ersatzabsonderrungsrecht des Sicherungsnehmers an den eingehenden Zahlungen.

2. Gebührenforderungen von Steuerberatern sind grundsätzlich pfändbar und unterliegen dem Gesamtvollstreckungsbeschlag (Insolvenzbeschlag).

Zum Sachverhalt:

Der verklagte Rechtsanwalt ist Verwalter in der Gesamtvollstreckung über das Vermögen der ATG. Die Klägerin als Schwester des damaligen Geschäftsführers der ATG übernahm eine selbstschuldnerische Bürgschaft für deren Verbindlichkeiten bei einer Bank. Als Sicherheit ließ sich die Klägerin am 26.2.1996 von der ATG deren Honoraransprüche aus steuerberatender Tätigkeit abtreten. In der Urkunde heißt es u.a.:

„Der abgetretene Forderungsbestand muß zum Monatsende jeweils (der Klägerin) mitgeteilt werden. (Die Klägerin) ist berechtigt, die Zession offenzulegen und Zahlungen unmittelbar an sich zu verlangen, ohne daß es dazu einer Begründung bedarf.“

Insbesondere kann (die Klägerin) verlangen, daß Forderungseingänge ausschließlich zur Abdeckung des durch ihre Bürgschaft besicherten Bankkredits verwendet werden.“

Am 18.4.1996 wurde der Beklagte zum Sequester über das Vermögen der ATG bestellt. Das Gesamtvollstreckungsverfahren wurde am 14.5.1996 eröffnet.

Vom 18.4. bis 25.6.1996 gingen auf dem Geschäftskonto der ATG bei der Bank infolge von Zahlungen der Kunden 51.190,99 DM ein. Die

Parteien vereinbarten, diesen Betrag und alle weiteren Einzahlungen von Kunden auf die Honorarforderungen auf einem Festgeldkonto der Bank zu verwahren.

Mit der Klage begehrt die Klägerin die Feststellung, daß dem Beklagten keine Rechte an den mit Urkunde vom 26.2.1996 an die Klägerin abgetretenen Honorarforderungen der ATG und den auf diese Forderungen geleisteten Zahlungen zustünden. Der Beklagte verlangt widerklagend, die Klägerin zu verurteilen, gegenüber der Bank die Zustimmung zur Auskehrung der dort eingegangenen Gelder an ihn zu erklären.

Landgericht und Oberlandesgericht haben die Klage abgewiesen sowie der Widerklage stattgegeben. Dagegen richtet sich die Revision der Klägerin.

Das Rechtsmittel bleibt ohne Erfolg.

Aus den Gründen:

A. Zur Widerklage

I.

Das Berufungsgericht hat ausgeführt: Die Abtretung der Honorarforderungen der ATG an die Klägerin – **die selbst unstreitig nicht Steuerberaterin oder Steuerbevollmächtigte ist** – verstoße gegen § 64 Abs. 2 Satz 2 StBerG sowie § 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB und sei deshalb gemäß § 134 BGB nichtig. Daran ändere das Vorbringen der Klägerin nichts, sie habe mit der ATG abgesprochen, daß die Verpflichtung zur Erteilung von Auskünften über Gegenstände, die der beruflichen Verschwiegenheit unterlägen, ausgeschlossen sein sollte.

Eine solche Trennung von Abtretung und Information sei nicht möglich, weil der Abtretungsempfänger ohne diese zur Geltendmachung der Forderung nicht imstande sei. Jedenfalls wenn der jeweilige Schuldner die Forderung bestreite, sei die Klägerin auf umfassende Auskünfte über den Entstehungsgrund der Forderung angewiesen, um Einwendungen entkräften zu können. Es sei auch nicht auszuschließen, daß Forderungen künftig bestritten würden.

Dagegen sei der Beklagte gemäß § 8 Abs. 2 GesO verfügungsbefugt über die Honorarforderungen und die auf sie geleisteten Zahlungen. Die Honorarforderungen eines Steuerberaters fielen

in seine Gesamtvollstreckungsmasse (§ 7 Abs. 2 GesO), weil sie pfändbar seien. § 851 Abs. 1 ZPO nehme nämlich lediglich solche Forderungen von der Pfändbarkeit aus, denen es von vornherein an der Verkehrsfähigkeit fehle. Die Vorschrift erfasse nicht Forderungen, die – wie im vorliegenden Falle – wegen Verstoßes gegen ein Verbotsgesetz i.S.v. § 134 BGB nicht wirksam übertragen werden könnten. Die Pfändung solcher Honorarforderungen gemäß § 829 ZPO schließe die Mitwirkungspflicht des zur Verschwiegenheit Verpflichteten und damit einen Verstoß gegen seine Verschwiegenheitspflicht aus. Die Pfändung erfordere und bewirke keine Offenbarung des Mandantengeheimnisses.

Unerheblich sei die von der Klägerin behauptete Absprache mit der ATG und der Bank, daß eingehende Zahlungen auf die abgetretenen Honorarforderungen nur zur Verringerung des Sollsaldos auf dem Bankkonto der ATG zu verwenden seien. Eine solche Vereinbarung bedeute nämlich keine Verfügung über Forderungen oder die darauf geleisteten Zahlungen. Sie begründe allenfalls die schuldrechtliche Verpflichtung, mit eingehenden Zahlungen die Verbindlichkeiten gegenüber der Bank zu erfüllen, verbunden mit einer vorweggenommenen Tilgungsbestimmung. Eine Erfüllungswirkung gegenüber der Bank könne frühestens mit Gutschrift der Zahlungen auf dem Konto der ATG angenommen werden.

II.

Demgegenüber rügt die Revision: Der Beklagte sei über die Honorarforderungen der ATG gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 GesO nicht Verfügungsbefugt. Nach § 64 Abs. 2 StBerG seien derartige Forderungen nämlich nur für andere Steuerberater pfändbar, also nicht übertragbar i.S.v. § 851 Abs. 1 ZPO. Andernfalls würde die in § 836 ZPO vorgesehene Auskunftspflicht des Schuldners dessen Verschwiegenheitspflicht als Steuerberater aushöhlen, Gesamtvollstreckungsverwalter seien als solche nicht zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Im übrigen habe die ATG mit der „Vereinbarung“ vom 25.3.1996, daß auf die Honorarforderungen eingehende Zahlungen allein zur Verringerung des Sollsaldos bei der Bank verwendet werden sollten, der Bank eine bindende vertragliche Weisung zur Verwendung der für die ATG eingehenden Gelder erteilt. Bis zu einem Widerruf dieser Weisung durch die ATG, welcher bisher nicht erklärt worden sei, seien die Gelder daher nicht frei verfügbar.

III.

Der Beklagte kann aufgrund der Hinterlegungsvereinbarung der Parteien von der Klägerin die Freigabe der hier fraglichen, bei der Bank eingegangenen Gelder verlangen. Denn die Forderung gegen die Bank auf Auskehrung dieser Beträge stand schon vor deren Hinterlegung der ATG zu und fiel gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 GesO in die Gesamtvollstreckungsmasse. Der Beklagte ist darüber nach § 8 Abs. 2 GesO Verfügungsbefugt.

Auf die von den Parteien aufgeworfene Rechtsfrage nach dem Gesamtvollstreckungsbeschlagnahme von Gebührenforderungen eines Steuerberaters kommt es für die Widerklage nicht entscheidend an: Sogar wenn die Honorarforderungen der ATG (§ 611 BGB) nicht pfändbar gewesen und mit Rücksicht darauf selbst nicht in die Gesamtvollstreckungsmasse gefallen wären – zum Gegenteil s.u. B. II. –, träfe das jedenfalls nicht mehr für den Anspruch der ATG gegen die Bank auf Auskehrung der eingezahlten Beträge (§§ 675, 667 BGB) zu. Nur darum geht es im Rahmen der vorliegenden Widerklage, mit der die Parteien allein um die Berechtigung am Erlös streiten, nicht jedoch um die Befugnis, Klienten der ATG auf Zahlung in Anspruch zu nehmen.

1. Nach dem Vortrag der Parteien haben die Kunden der ATG die Erfüllungsleistungen auf deren allgemeines Geschäftskonto bei der Bank erbracht (Schreiben des Prozeßbevollmächtigten der Klägerin vom 6.6.1996 an die H.-Bank). Dieses stand am 17.4.1996 mit 135.837,26 DM im Soll (Schreiben der H.-Bank vom 17.4.1996 an die ATG), so daß ein Guthaben der ATG ohne den Einfluß der Gesamtvollstreckung überhaupt nicht hätte entstehen können. Zu einem solchen konnte es ersichtlich nur kommen, weil nach dem Antrag auf Eröffnung des Gesamtvollstreckungsverfahrens die Bank nach §§ 2 Abs. 4, 7 Abs. 5 GesO i.V.m. § 394 BGB nicht mehr mit ihrer eigenen, höheren Gegenforderung auf Darlehensrückzahlung rechtswirksam gegen neu entstehende Guthaben der ATG auf- oder verrechnen konnte (vgl. BGHZ 130, 76, 78 ff; *Senatsurt. v. 18.4.1996 – IX ZR 206/95, ZIP 1996, 1015, 1016 m.w.N.; vgl. auch Senatsurt. v. 24.10.1996 – IX ZR 284/95, ZIP 1996, 2080, 2081*).

a) Unabhängig von der Rechtsfrage, wem die Honorarforderungen der ATG zustanden, war Gläubigerin des Herausgabeanspruchs gegen die Bank jedenfalls allein die ATG. Die stille Abtretung von Forderungen des Schuldners gegen seine Kunden hat ganz allgemein nicht

von selbst zur Folge, daß damit zugleich die Forderung des Schuldners gegen sein Kreditinstitut in Höhe des Guthabens abgetreten ist, das entsteht, wenn ein Kunde befreiend auf ein beim Institut geführtes Kontokorrentkonto des Schuldners zahlt (*Senatsurt. v. 11.5.1989 - IX ZR 222/88, WM 1989, 965, 966 unter b) bb*); v. 4.10.1990 - IX ZR 270/89, WM 1990, 1883, 1884). Eine dingliche Surrogation der Honorarforderungen gegen Klienten durch den Anspruch aus Geschäftsbesorgungsvertrag gegen die Bank gibt es von Rechts wegen nicht.

b) Dem Gesamtvollstreckungsbeschlagnahme des Anspruchs aus Geschäftsbesorgungsvertrag steht § 64 Abs. 2 Satz 2 StBerG nicht entgegen. Diese Vorschrift soll sicherstellen, daß die beruflichen Verschwiegenheitspflichten auch bei der Durchsetzung von Gebührenforderungen beachtet werden (*amtliche Begründung der Bundesregierung zu Art. 1 Nr. 27 des Entwurfs eines 6. Gesetzes zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes, BT-Drucks. 12/6753, S. 18*). Die beruflichen Verschwiegenheitspflichten werden aber bei der Abwicklung eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit einem Geldinstitut nicht unbefugt berührt:

Aus den Kontounterlagen dazu sind nur diejenigen Angaben - insbesondere die Höhe der Überweisung zur Tilgung einer bestimmten Rechnung - zu entnehmen, die sich aus den vom Mandanten unterschriebenen Überweisungsträgern ergeben. Die abgerechneten Beträge kann der Gesamtvollstreckungsverwalter schon den allgemeinen Buchhaltungsunterlagen des Steuerberaters entnehmen. Soweit solche Daten inhaltlich überhaupt der Verschwiegenheitspflicht unterliegen, muß sich der Mandant darüber im klaren sein, daß das Bankkonto des Steuerberaters für vielfältige wirtschaftliche Zwecke bedeutsam werden kann und die Geheimhaltung nicht uneingeschränkt gewährleistet ist. Das Bankguthaben ist allgemein pfändbar (vgl. § 357 HGB, § 850k ZPO) sowie ungeachtet des § 97 StPO beschlagnahmefähig. Das Geldinstitut steht grundsätzlich als Dritter außerhalb der gesetzlich gewährleisteten Verschwiegenheitspflichten.

Ferner hat der zur Verschwiegenheit verpflichtete Berufsangehörige erkennbar wichtige eigene Interessen an der Durchsetzung seiner Ansprüche gegen das Geldinstitut sowie an Verfügungen darüber. Wer auf ein Bankkonto einzahlt, nimmt in Kauf, daß der von ihm verwendete Überweisungsträger für solche Zwecke ausgewertet wird. Zwar liegt in einem bloßen Dulden

oder Geschehenlassen noch keine stillschweigende Einwilligung des Mandanten in die Weitergabe geschützter Daten (*BGH, Urt. v. 20.5.1992 - VIII ZR 240/91, NJW 1992, 2348, 2349 f*; vgl. auch *BGHZ 122, 115, 119 f*). Wer dagegen eine Überweisung auf ein fremdes Bankkonto tätigt, erklärt sich schlüssig mit der Auswertung der zur Individualisierung mitgeteilten Daten im Rahmen der erlaubten Abwicklung des Giroverhältnisses einverstanden. Will er das nicht, kann er seine Verbindlichkeiten bei dem Berufsangehörigen bar bezahlen.

2. Den Verlust seiner durch Forderungsabtretung begründeten Sicherheit infolge Tilgung durch die Drittschuldner (§ 362 BGB) kann der Abtretungsempfänger allgemein vermeiden, indem er entweder dafür sorgt, daß die Abtretung offengelegt wird und die Kunden nicht mehr befreiend an den Abtretenden oder dessen Geldinstitut leisten können - dies ist hier nicht geschehen -, oder indem er eine Anschlußsicherheit mit Bezug auf das zur Tilgung angegebene Konto des Abtretenden ausdrücklich vereinbart. Eine solche Ersatzsicherheit an einem Bankguthaben der ATG wurde hier insbesondere nicht durch die von der Klägerin behauptete Abrede mit der ATG und der Bank vom 25.3.1996 geschaffen, daß Zahlungen der Schuldner auf das Girokonto der ATG „zwingend und ausschließlich für die Reduzierung des Sollsaldos auf diesem Konto verwendet werden sollten; die ATG hätte kraft dieser Vereinbarung nicht mehr anderweitig über die Honorarforderungen verfügen“ können.

Das Berufungsgericht hat eine derartige Abrede dahin ausgelegt, diese Vereinbarung bedeute keine Verfügung über die Forderungen der ATG oder die darauf geleisteten Zahlungen, sondern begründe allenfalls die schuldrechtliche Verpflichtung, mit eingehenden Zahlungen die Verbindlichkeiten gegenüber der Bank zu erfüllen, verbunden mit einer vorweggenommenen Tilgungsbestimmung. Gegen diese im Hinblick auf § 137 BGB naheliegende Auslegung erhebt die Revision keine Rüge. Ihre Meinung, dennoch sei die - für die Revision zu unterstellende - Vereinbarung in der Gesamtvollstreckung bindend, trifft aus Rechtsgründen nicht zu.

a) Eine dinglich wirkende Abtretung oder Verpfändung eines etwaigen Guthabens der ATG bei der Bank an die Klägerin lag in der behaupteten Abrede nicht. Im übrigen ist nicht dargetan, daß das Konto im Falle einer Saldierung je ein Guthaben ausgewiesen hätte (s.u. 1.).

Rein schuldrechtliche Verwendungsabreden über ein Bankkonto sind nicht konkursfest und begründen insbesondere kein Absonderungsrecht (Senatsurt. v. 17.4.1986 - IX ZR 54/85, ZIP 1986, 720, 722 f für eine schuldrechtliche Kontensperre). Zwar hätte sich die Bank aufgrund der behaupteten Abrede gegenüber der ATG und möglicherweise auch gegenüber der Klägerin (§ 328 BGB) verpflichtet, die Verrechnung gegen ein Sollsaldo als bindende Weisung (§ 665 BGB) im Rahmen des Geschäftsbesorgungsvertrages zu befolgen. Einen Anspruch der Klägerin gegenüber der Gesamtvollstreckungsmasse der ATG begründet das nicht.

b) Die Klägerin darf ihre Zustimmung zur Auskehrung der hinterlegten Beträge auch nicht wegen einer eigenen besseren Berechtigung daran verweigern. Insbesondere steht ihr kein Ersatzabsonderungsrecht gemäß § 12 GesO (vgl. dazu Senatsurt. v. 17.9.1998 - IX ZR 300/97, ZInsO 1998, 332 f, z.V.b. in BGHZ) i.V.m. §§ 48, 46 Satz 2 KO zu. Es entfällt schon deshalb, weil die Klägerin ihrerseits die Vergütungsansprüche der ATG gegen deren Kunden nie erlangt hat. Zutreffend und insoweit unangefochten geht das Berufungsgericht davon aus, daß die Abtretung der Honoraransprüche an die Klägerin – die selbst weder als Steuerberaterin noch als Steuerbevollmächtigte zugelassen ist – gemäß § 64 Abs. 2 Satz 2 StBerG unwirksam ist. Die im zweiten Halbsatz dieser Vorschrift vorgesehene Ausnahme liegt nicht vor: Die abgetretenen Forderungen sind nicht einmal rechtskräftig festgestellt.

aa) Eine Abtretung, die gegen § 64 Abs. 2 Satz 2 StBerG verstößt, ist gemäß § 134 BGB nichtig. Zwar richtet sich das Gebot, die Vertraulichkeit im Verhältnis zu den Mandanten zu wahren (s.u. 1. b)), allein gegen den Steuerberater oder Steuerbevollmächtigten, der zur Verschwiegenheit verpflichtet ist. Dennoch ergeben Wortlaut und Zweck des Verbots, daß es sich gegen die Vornahme einer Abtretung selbst richtet und diese verhindern soll, soweit nicht die besonders zugelassenen Ausnahmen eingreifen: Der Gesetzgeber will gerade durch die Unwirksamkeit der Abtretung verhindern, daß eine Person, die nicht der Verschwiegenheitspflicht des § 57 Abs. 1 StBerG unterliegt, Zugang zu geheimzuhaltenden Daten von Mandanten des steuerlichen Beraters erlangt.

bb) Mit diesem Inhalt verstößt § 64 Abs. 2 StBerG nicht gegen Art. 12 Abs. 1 GG. Zwar mag das grundsätzliche Abtretungsverbot in die Berufsausübung des Steuerberaters eingreifen, doch

ist dies mit Rücksicht auf wichtige Gemeinschaftsinteressen zulässig. Die dem § 30 AO entsprechende Verschwiegenheitspflicht liegt im Interesse des Steuerpflichtigen (vgl. BVerfGE 54, 301, 315) wie der Steuerrechtspflege im allgemeinen (vgl. BVerfGE 21, 173, 179 f). Ihre Einhaltung dient dem aus Art. 2 Abs. 2 GG folgenden Grundrecht der Mandanten auf informationelle Selbstbestimmung (vgl. hierzu BVerfGE 65, 1, 41 ff). Das Abtretungsverbot des § 64 Abs. 2 StBerG ist geeignet, die dort ausgeführten Gemeinschaftsinteressen zu sichern. Im Interesse der Rechtsklarheit konnte der Gesetzgeber auch ein allgemeines Verbot aussprechen, ohne auf die oft schwierige Abgrenzung zwischen Vollabtretungen, reinen Sicherungsabtretungen und solchen Sicherungsabtretungen abzustellen, die im Bedarfsfalle zugleich eine Tilgung erfüllungshalber bewirken.

Wegen der unterschiedlichen möglichen Ausgestaltungen und vielfältigen Zwecke rechtsgeschäftlicher Abtretungen mußte der Gesetzgeber sich auch nicht darauf beschränken, lediglich die Auskunftspflicht des Steuerberaters in diesem Zusammenhang auszuschließen; denn derartige Pflichten knüpfen nicht nur an § 402 BGB an, sondern können auch aus dem schuldrechtlichen Verpflichtungsgeschäft folgen, das durch die Abtretung erfüllt werden soll.

B. Die Klage hat keinen Erfolg.

Die Klägerin begehrt nicht die Feststellung eines eigenen Rechts. Statt dessen beschränkt sie ihren Antrag auf die Feststellung, daß dem Beklagten keine Rechte an den Honorarforderungen und den darauf geleisteten Zahlungen zustehen.

I.

Soweit es um die von den Mandanten geleisteten Zahlungen geht, ist die Klage unzulässig. Das nach § 256 Abs. 1 ZPO erforderliche Feststellungsinteresse für diese negative Feststellungsklage ist entfallen, seitdem der Beklagte Widerklage auf Freigabe der eingezahlten Beträge erhoben hat und diese nicht mehr ohne Einwilligung der Klägerin zurücknehmen kann (§ 269 Abs. 1 ZPO). Diese Leistungsklage setzt für ihren Erfolg voraus, daß dem Beklagten seinerseits – für die von ihm vertretene Gesamtvollstreckungsmasse – Rechte an den von den Mandanten geleisteten Zahlungen zustehen (s.u. A. III.). Damit ist sie der negativen Feststellungsklage der Klägerin insoweit entgegengesetzt.

Das Feststellungsinteresse für eine negative Feststellungsklage – wie diejenige der Klägerin – entfällt grundsätzlich, soweit eine Leistungsklage zu demselben Streitgegenstand erhoben wird und nicht mehr einseitig zurückgenommen werden kann (BGH, Urt. v. 28.6.1973 – VII ZR 200/72, NJW 1973, 1500). Das gilt im Umfang der Deckungsgleichheit auch dann, wenn mit der Leistungsklage nur ein Teil der von der Feststellungsklage erfaßten Ansprüche (s.u. II.) geltend gemacht wird (Senatsurt. v. 21.12.1989 – IX ZR 234/88, NJW-RR 1990, 1532 f.). Die Einschränkung für diejenigen Fälle, in denen die Leistungsklage, im Gegensatz zur negativen Feststellungsklage, noch nicht entscheidungsreif ist (vgl. BGHZ 99, 340, 342; 134, 201, 209 f.), greift hier nicht ein: Die Widerklage war und ist, gleichzeitig mit der Klage, ohne Beweisaufnahme entscheidungsreif (s.u. A.).

II.

Soweit die Klägerin die Feststellung begehrt, daß dem Beklagten keine **Rechte an den Honorarforderungen** selbst zustehen, ist ihre Klage zwar zulässig, aber nicht begründet. Ihr Feststellungsinteresse leitet die Klägerin aus der Erwartung her, daß die Bank von sich aus künftig noch eingehende Zahlungen von Mandanten wieder mit den Schulden der ATG verrechnen würde, sobald festgestellt wäre, daß die Rechte an den Honorarforderungen nicht dem Beklagten, sondern der ATG zustehen. Dementsprechend erhofft sich die Klägerin eine Verringerung ihrer eigenen Bürgschaftsschuld.

Der Antrag ist nicht gerechtfertigt, weil die Prozeßführungs- und Einziehungsbefugnis an den Honorarforderungen dem verklagten Gesamtvollstreckungsverwalter zusteht.

1. Allerdings unterliegt nach § 1 Abs. 1 Satz 2 GesO – wie gemäß § 1 Abs. 1 KO und § 36 InsO – nur pfändbares Vermögen dem Gesamtvollstreckungsbeschl. § 851 Abs. 1 ZPO bestimmt, daß eine Forderung in Ermangelung besonderer Vorschriften der Pfändung nur insoweit unterworfen ist, als sie übertragbar ist. Dementsprechend wird vereinzelt die Ansicht vertreten, Honorarforderungen von Rechtsanwälten seien – im Hinblick auf die dem § 64 Abs. 2 Satz 2 StBerG entsprechende Vorschrift des § 49b BRAO – nur mit vorheriger Zustimmung des Mandanten pfändbar (Henssler/Prütting/Dittmann, BRAO, § 49b Rdnr. 42); ohne diese Zustimmung könnten die Forderungen dann folgerichtig auch nicht in die Konkursmasse eines Rechtsanwalts fallen.

Die weitaus überwiegende Meinung dagegen hält Honorarforderungen von Steuerberatern oder Rechtsanwälten, ungeachtet der Abtretungsverbote nach § 64 Abs. 2 Satz 2 StBerG und § 49b BRAO, für pfändbar (OLG Stuttgart, NJW 1994, 2838 f; Würz-Bergmann, Die Abtretung von Honorarforderungen schweigepflichtiger Gläubiger, S. 226 ff; Zöller/Stöber, ZPO 21. Aufl., § 829 Rdnr. 33 – Stichwort „Arzt“; Thomas/Putzo, ZPO 21. Aufl., § 851 Rdnr. 2 a.E.; Berger, NJW 1995, 1406, 1408 und 1584, 1588 f; zweifelnd: Diepold, MDR 1995, 23; nur für Abtretungen ausdrücklich verneinend: Prechtel, NJW 1997, 1813 ff).

2. Auch nach Ansicht des erkennenden Senats sind Honorarforderungen von Steuerberatern grundsätzlich pfändbar und unterliegen deshalb zugleich dem Konkursbeschl. § 64 Abs. 2 Satz 2 StBerG läßt zwar die Abtretung derartiger Forderungen nur zu, wenn sie rechtskräftig festgestellt sind, ein erster Vollstreckungsversuch fruchtlos ausgefallen ist und der Steuerberater die ausdrückliche schriftliche Einwilligung des Auftraggebers eingeholt hat. Diese Einschränkung begründet aber keine Unübertragbarkeit i.S.v. § 851 Abs. 1 ZPO.

a) Diese Vorschrift stellt allein darauf ab, ob eine Forderung als solche nicht übertragbar ist. Dies kommt insbesondere in Betracht, wenn die Abtretung kraft Gesetzes schlechthin verboten ist oder wenn der Gläubigerwechsel den Inhalt der Leistung ändern (§ 399, erster Fall BGB) oder deren rechtlich gesicherte Zweckbindung vereiteln würde (vgl. hierzu BGH, Urt. v. 30.3.1978 – VII ZR 331/75, MDR 1978, 747; v. 15.5.1985 – IVb ZR 33/84, NJW 1985, 2263, 2264 unter 4.). Hingegen genügt es für § 851 Abs. 1 ZPO nicht ohne weiteres, wenn eine Forderung ihrem Inhalt und ihrer Zweckbestimmung nach übertragbar ist und lediglich bestimmten Gläubigern die Abtretung verboten oder diese nur unter bestimmten Voraussetzungen gestattet wird. In derartigen Fällen kann erst eine Auslegung des beschränkenden Gesetzes ergeben, ob es sich zwingend auch gegen eine Pfändbarkeit richtet.

Pfändungsverbote wirken sich sehr viel stärker aus als Abtretungsverbote: Normalerweise ist kein Gläubiger gezwungen, seine Forderungen abzutreten (oder sie rechtsgeschäftlich zu verpfänden). Die Abtretbarkeit kann sogar durch private Vereinbarung mit dem Schuldner ausgeschlossen werden (§ 399 Satz 2 BGB). Demgegenüber entzieht ein Pfändungsverbot unbeteiligten Gläubigern die Möglichkeit des Zugriffs auf die Forderungen zur Haftungsverwirklichung.

Ein Pfändungsverbot bezüglich des Einkommens durchbricht den Grundsatz, daß auch und vor allem das Entgelt für eine laufende Erwerbstätigkeit des Schuldners zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten zur Verfügung stehen soll (vgl. § 287 Abs. 2 InsO). Dies ist nur aus Gründen des Sozialstaatsprinzips (Art. 20 Abs. 1, 28 Abs. 1 GG) gerechtfertigt, um die eigene Lebensgrundlage des Schuldners durch Pfändungsfreibeträge (§§ 850 ff ZPO) zu sichern.

In weitergehendem Umfange ist eine solche Beschränkung des durch Art. 14 Abs. 1 GG geschützten Befriedigungsrechts der Gläubiger hingegen allenfalls zulässig, soweit sonstige, überwiegende Gründe das zwingend erfordern. Der Staat, der selbst das Zwangsvollstreckungsmonopol ausübt, darf den davon betroffenen Gläubigern das Einkommen bestimmter Schuldnerkreise nicht generell als Haftungsgrundlage entziehen. Dem entspricht es, daß § 851 Abs. 2 ZPO auch die durch § 399 BGB begründete Unübertragbarkeit nicht ohne weiteres als Pfändungsverbot ausreichen läßt.

b) Das Grundrecht von Mandanten des Steuerberaters auf informationelle Selbstbestimmung (s.u. A. III. 2. b) bb)) **rechtfertigt eine so weitgehende Einschränkung des Befriedigungsrechts von Gläubigern nicht.** Anders als bei einer Abtretung, bei welcher der Abtretungsempfänger regelmäßig erst vom Abtretenden über Bestand und Grundlagen des zu übertragenden Rechts unterrichtet wird (vgl. § 402 BGB), muß der Pfändungsgläubiger schon von sich aus das zu pfändende Recht sowie den angeblichen Drittschuldner so genau bezeichnen, daß eine individuelle Bestimmung des Rechts und die Zustellung an den Drittschuldner möglich sind (§ 829 Abs. 1 und 2 ZPO).

Die dazu erforderlichen Angaben vermag der Gläubiger allenfalls über § 807 Abs. 1 ZPO vom Schuldner zu erzwingen; dieser hat hierfür Namen und Anschrift des Drittschuldners, den Grund der Forderung und die Beweismittel zu bezeichnen (vgl. *Stein/Jonas/Münchberg, ZPO 21. Aufl., § 807 Rdnr. 34 m.w.N.*). Insbesondere ist die Benennung des Drittschuldners für jede zweckentsprechende Rechtsverfolgung unverzichtbar.

Demgegenüber ist der Umstand allein, daß der Mandant Dienstleistungen oder Geschäftsbesorgungen durch einen bestimmten Steuerberater vornehmen läßt, keine überragend geheimhaltungsbedürftige Tatsache; solche

Aufträge sind heute allgemein üblich und sozial anerkannt. Auf sonstige, insbesondere uneingeschränkt schutzwürdige persönliche Daten des Mandanten erstreckt sich die Auskunftspflicht eines zur Verschwiegenheit verpflichteten Schuldners regelmäßig weder nach § 807 noch nach § 836 Abs. 3 ZPO.

Weiter reicht in dieser Hinsicht auch nicht die aus § 840 Abs. 1 ZPO folgende, inhaltlich begrenzte, eigene Auskunftsobliegenheit des Drittschuldners. Allenfalls wenn dieser die Zahlung verweigert und der Pfändungspfandgläubiger ihn verklagt, kann der Prozeßerfolg von der Offenlegung zusätzlicher Mandantengeheimnisse abhängen. Dies kommt insbesondere in Betracht, wenn der Mandant eine zu vergütende Tätigkeit des Steuerberaters bestreitet oder sie für fehlerhaft hält.

Die beschränkten Erkenntnisquellen des Pfändungsgläubigers können dann bei der Verteilung der Substantiierungslast innerhalb des Rechtsstreits berücksichtigt werden. Der Schuldner mag als Zeuge benannt werden; seine Verschwiegenheitspflicht wird dann durch § 383 Abs. 1 Nr. 6 ZPO geschützt, wenn der Mandant ihn nicht davon befreit (vgl. *hierzu BGH, Urt. v. 20.4.1983 - VIII ZR 46/82, MDR 1984, 48*).

Ein allgemeines Pfändungsverbot schon im Vorfeld jeder Auskunftspflicht kann hingegen auf mögliche Erschwernisse bei der Abwicklung der Pfändung nicht gestützt werden.

Dieselben Grundsätze gelten, soweit ein Abtretungsverbot für Forderungen des Steuerberaters zusätzlich auf § 134 BGB i.V.m. § 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB gestützt werden könnte.

c) Für den Gesamtvollstreckungs- oder Insolvenzbeschlagnahme einer Honorarforderung ergeben sich Besonderheiten nur daraus, daß der Verwalter regelmäßig schon von sich aus Zugang zu den Buchhaltungs- und Bearbeitungsunterlagen des Steuerberaters hat. Auf dessen Auskunft ist der Insolvenzverwalter im allgemeinen weniger angewiesen als ein Pfändungsgläubiger.

Dies mag Anlaß sein, den Verwalter aufgrund seiner Bestellung ähnlichen Verschwiegenheitspflichten zu unterwerfen wie den insolvent gewordenen Geheimnisträger selbst. Einen Anlaß, diesem den Kern seines Vermögens persönlich zu belassen und es als Haftungsgrundlage den Insolvenzgläubigern zu entziehen, ergibt das jedoch nicht.

Steuerberaterhaftung

- Aufdeckung stiller Reserven
- Steuerschaden?
- Beratungsumfang, Betriebsaufgabe
- Darlegung eines Schadens

(OLG Köln, Urt. v. 19.2.1999 - 19 U 115/98, n.rkr.,
OLG-Report 1999, 265; Az. d. BGH: IX ZR 123/99)

Leitsätze:

1. Auch ein mit einem umfassenden Dauermandat betrauter steuerlicher Berater ist bei einem klar definierten Ziel des Mandanten (hier: Betriebsaufgabe) nicht verpflichtet, den Mandanten auf andere, steuerlich möglicherweise günstigere Gestaltungsformen hinzuweisen, wenn diese eine Betriebsfortführung oder -änderung voraussetzen. Der Steuerberater muß den Mandanten dann (nur) zutreffend über die mit der Betriebsaufgabe verbundene steuerliche Belastung aufklären.
2. Der Mandant genügt seiner Schadendarlegungspflicht nur dann, wenn er die Vor- und Nachteile der gewählten und der hypothetischen Lösung umfassend darstellt. Es reicht nicht aus, nur einige nachteilige Steuerfolgen der gewählten Lösung herauszugreifen und daraus einen Schaden abzuleiten.

Leitsatz (d. Red.):

Die Aufdeckung stiller Reserven und der dadurch bedingte Anfall von Einkommensteuer genügt nicht zur Darlegung eines Schadens aufgrund fehlerhafter Betriebsaufgabeberatung.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger macht gegen die Beklagte Schadensersatzansprüche aus einer behaupteten fehlerhaften Steuerberatung geltend.

Der Kläger war Inhaber eines Busunternehmens. Die Beklagte war seit dem Jahre 1971 bis Anfang 1996 für den Kläger in steuerlichen Angelegenheiten tätig. Zu diesen Tätigkeiten gehörte die Erstellung der Jahresabschlüsse, der Bilanzen, die Vorbereitung der Steuererklärungen sowie zeitweise auch die Kontierung von Belegen.

Am 28.12.1994 verkaufte der Kläger sein Unternehmen zu einem Nettokaufpreis von 855.400 DM an eine neugegründete GmbH, deren Anteil zu 99% im Besitz von Frau K., einer ehemaligen

Angestellten des Klägers, und zu 1% im Besitz des Klägers standen.

Nachdem zwischenzeitlich ein anderer Steuerberater seine Tätigkeit für den Kläger aufgenommen hatte, wurde der Kläger am 10.1.1997 durch Einkommensteuerbescheid für das Jahr 1994 mit einer Nachzahlung von 189.382,37 DM belastet, wobei dem Steuerbescheid ein Entnahmegewinn aus der Aufgabe des Gewerbebetriebes von 717.290,72 DM zugrundeliegt.

Der Kläger hat behauptet, bei dem Verkauf des Gewerbebetriebes von der Beklagten beraten worden zu sein. Die Art der Transaktion sei von der Beklagten vorgeschlagen worden. Schon 1989 habe die Beklagte den Kläger anlässlich eines konkreten Angebotes des TÜV Rheinland, der an dem gewerblichen Grundstück des Klägers interessiert gewesen sei, beraten. Schon damals habe er vorgehabt, in den Ruhestand zu gehen. Nach dem Tod seiner Tante Anfang 1991 habe er dann mit sofortiger Wirkung sein Unternehmen veräußern wollen. Die Beklagte habe ihm jedoch geraten, das 55. Lebensjahr abzuwarten, um in den Genuß eines Freibetrages i.H.v. 300.000 DM gemäß § 16 EStG zu gelangen. Anfang 1994 hätten die Parteien dann ins einzelne gehende Gespräche über den Verkauf geführt. Die Beklagte habe dem Kläger dabei konkrete Anweisungen zur Vorbereitung des Verkaufs gegeben.

Der Kläger hat behauptet, daß die Berechnungen der Beklagten sowohl hinsichtlich der Bedeutung des § 16 EStG, der Größe des Abschreibungsvolumens als auch des eingesetzten Verlustvortrages unrichtig gewesen seien. Hätte ihm die Beklagte die tatsächliche Steuerlast mitgeteilt, hätte er davon Abstand genommen, sich zur Ruhe zu setzen. Den entscheidenden Beratungsfehler der Beklagten hat er darin gesehen, daß sie ihm keine andere Gestaltung als die Aufgabe des Betriebes und den Übergang des beweglichen Anlagevermögens an die GmbH vorgeschlagen habe.

Der Kläger hat behauptet, daß eine Umwandlung des Betriebszweckes in ein Leasingunternehmen, das sodann die Busse an die neugegründete GmbH verleast hätte, zu einer geringeren Steuerbelastung geführt hätte, da dann ein wesentlich geringerer Entnahmegewinn entstanden wäre. Das Anlagevermögen, das im Buspark steckte, hätte dann einem Wertverzehr infolge der Alterung der Fahrzeuge unterlegen. Nach Ansicht des Klägers wäre daher bei entsprechend

langer Nutzung der Busse die Aufdeckung der stillen Reserven entfallen. Der Kläger hat behauptet, dieses Alternativmodell seit Ende des Jahres 1997 realisiert zu haben.

Der Kläger hat auf der Grundlage dieser Behauptung eine alternative Steuerbelastung für das Jahr 1994 berechnet. Er hat die Ansicht vertreten, daß die ihm vom Finanzamt darüber hinausgehend auferlegte Steuerbelastung den von der Beklagten zu ersetzenden Schaden darstelle. Er ist insoweit einschließlich Nachzahlungszinsen auf eine Schadenhöhe von 168.895,81 DM gelangt.

Das LG hat die Klage abgewiesen. Die Berufung des Klägers hatte keinen Erfolg.

Aus den Gründen:

Selbst bei Zugrundelegung des Vortrags des Klägers ist nach Ansicht des Senats äußerst zweifelhaft, ob ein Beratungsverschulden der Beklagten vorgelegen hat. Jedenfalls hat der Kläger aber auch in der Berufungsinstanz einen auf einem – unterstellten – Beratungsfehler der Beklagten beruhenden Schaden nicht schlüssig dargetan. Im einzelnen:

I.

Entgegen der Ansicht der Beklagten war diese verpflichtet, den Kläger – so wie sie es letztlich ausweislich der Unterlagen in 1993 und 1994 getan hat – bei der Betriebsaufgabe steuerlich zu beraten. Denn die Beklagte war die steuerliche Beraterin des Klägers im Rahmen eines Dauermandats. Dies folgt aus dem Umfang der von ihr für den Kläger erbrachten Leistungen als Steuerberaterin. Sie betreute den Kläger über mehr als 20 Jahre in den im Rahmen seines Busunternehmens anfallenden steuerlichen Angelegenheiten, indem sie jeweils – wie aus den Gebührenrechnungen ersichtlich – die Bilanzen einschließlich der GuV-Rechnungen aufstellte, die Einkommen-, Gewerbesteuer- und Umsatzsteuererklärungen abfaßte, Einkünfte aus Kapitalvermögen etc. ermittelte und den Kläger auch im Zusammenhang mit diesen Arbeiten beriet.

Im Rahmen eines solchen steuerlichen Dauermandats ist aber der Steuerberater – ohne daß es insoweit der Erteilung eines Sonderauftrags bedürfte – verpflichtet, den Mandanten von sich aus – also ungefragt – über steuerlich be-

deutsame Fragen einschließlich insoweit bestehender zivilrechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten zu beraten, jedenfalls dann, wenn der Steuerberater über steuerlich relevante Vorhaben seines Mandanten unterrichtet ist (BGH, WM 1998, 299 m.w.N.).

Vorliegend wußte die Beklagte einerseits von den Plänen des Klägers, **das Betriebsgrundstück steuerlich möglichst günstig in sein Privatvermögen überführen zu wollen**, sowie andererseits von dem Vorhaben des Klägers, **sich zur Ruhe zu setzen**. Danach gehörte es ohne weiteres zu ihren Aufgaben, den Kläger über die steuerlich günstigste Art der Realisierung dieser beiden Ziele – allerdings auch nur hierüber – zu beraten.

Der Kläger selbst behauptet nämlich nicht etwa, irgendwann gegenüber der Beklagten den Wunsch geäußert zu haben, darüber informiert zu werden, welche steuerlichen bzw. zivilrechtlichen Möglichkeiten es grundsätzlich gäbe, stille Reserven nicht aufdecken zu müssen. Er hat vielmehr ganz konkrete steuerliche Beratung für den Fall der Betriebsaufgabe und Überführung des Grundstücks in sein Privatvermögen gesucht. Angesichts dieser konkreten Vorgaben war die Beklagte – entgegen der Ansicht des Klägers – gerade nicht verpflichtet, ihn umfassend über unterschiedliche Steuerspar- oder Umwandlungsmodelle bzw. zivilrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten aufzuklären.

Umwandlungsmodelle und anderweitige zivilrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten hätten nämlich der Verwirklichung der eindeutigen Vorgabe des Klägers, sich zur Ruhe zu setzen zu wollen, nicht gedient; sie hätten vielmehr das Gegenteil bewirkt.

Aufgabe der Beklagten war mithin nur, den Kläger über einen **steuergünstigen Weg aufzuklären, der den beiden Zielvorgaben des Klägers gerecht wurde**. Dies war der Weg, der dann tatsächlich gewählt worden ist. Denn sowohl die im Betriebsgrundstück als auch im sonstigen Betriebsvermögen vorhandenen stillen Reserven mußte der Kläger lediglich **zum halben Steuersatz gemäß §§ 16, 34 EStG versteuern**. Zudem hat er infolge der Veräußerung des sonstigen Betriebsvermögens an die GmbH einen sofortigen **Liquiditätszuwachs** im Jahre 1995 – jedenfalls – i.H.v. 310.000 DM zzgl. der Zinsen i.H.v. 8,25 % p.A. auf den Restkaufpreis i.H.v. ca. 200.000 DM. Hinzu kommt, daß **im Falle einer späteren Veräußerung** des – nach Angaben des

Klägers – **weit höherwertigeren Grundstücks aus seinem Privatvermögen heraus**, auf den Veräußerungsgewinn keine Einkommensteuer mehr anfallen wird.

Die Beklagte hat – ausgehend von dem Vortrag des Klägers – diesen auch nicht etwa im unklaren darüber gelassen, daß im Falle der Veräußerung bzw. der Betriebsaufgabe stille Reserven aufgedeckt würden, und daß dies zu einer Einkommensteuerbelastung führen würde.

Ein Beratungsfehler der Beklagten würde allerdings dann vorliegen, wenn sie – wie der Kläger behauptet – ihn über die Höhe der auf ihn zukommenden Steuerbelastung in eklatanter Weise falsch informiert hätte. Denn selbst bei klaren Beratungsvorgaben – wie im vorliegenden Fall – kann die mit der Verwirklichung dieser Pläne verbundene Steuerlast für den Mandanten, sei es weil er sie nicht aufbringen kann, sei es aus anderen Gründen, Anlaß sein, seine Pläne zu ändern.

Der Kläger behauptet in diesem Zusammenhang, die Beklagte persönlich habe ihm gegenüber folgende Rechnung aufgemacht:

Veräußerungserlös Fuhrpark	840.000 DM
abzüglich Freibetrag	
nach § 16 EStG	300.000 DM
abzüglich AfA	220.000 DM
abzüglich Verlustvortrag	150.000 DM
voraussichtlich verbleibender	
Veräußerungsgewinn	170.000 DM

Da dieser Veräußerungsgewinn nur dem halben Steuersatz unterliegen würde, käme auf den Kläger eine Steuerlast zu, die er zunächst als ihm gegenüber von der Beklagten als „erträglich“ angegeben dargestellt hat; im Laufe des Prozesses hat er dann behauptet, die Beklagte habe ihm konkret mitgeteilt, die Steuerlast betrage 7.000 DM bis 10.000 DM.

An der Richtigkeit dieser Darstellung des Klägers hat der Senat erhebliche Zweifel (wird ausgeführt).

Letztlich kann aber die Frage, ob die Beklagte dem Kläger tatsächlich falsche Angaben hinsichtlich der zu erwartenden Steuerlast gemacht hat, und damit die Entscheidung darüber, ob eine Pflichtverletzung der Beklagten vorliegt, dahingestellt bleiben, da der Kläger einen auf der – angeblichen – Falschberatung beruhenden Schaden nicht schlüssig dargelegt hat.

II.

Zum einen behauptet der Kläger in diesem Zusammenhang, bei richtiger Beratung hätte er, statt den Betrieb zu veräußern, die Busse in ein Leasingunternehmen überführt und die Busse sodann an die Betriebs-GmbH bzw. bei Bedarf an andere Busunternehmer verleast. Dieses Unternehmen hätte er auslaufen lassen können durch Nichtanschaffung neuer Busse und Verschrottung der vorhandenen Busse infolge Alters. Auf diese Art und Weise hätte er stille Reserven nicht aufdecken müssen. Diese Form praktiziere er nunmehr seit 1997 und seine Steuerlast sei gleich Null. Eine Entnahme des Betriebsgrundstücks, wenn auch nicht zum halben Steuersatz, sei auch bei dieser Konstruktion möglich gewesen.

Dieser Vortrag des Klägers reicht zur schlüssigen Darlegung eines Schadens nicht aus. Denn bei der Beurteilung dieser Frage kann nicht allein auf den Umstand abgestellt werden, daß durch den Übergang des Betriebsvermögens in Gestalt der Busse Einkommensteuer angefallen ist (h.M.; siehe z.B. OLG Hamm, GI 1997, 141). Dabei handelt es sich nämlich um die Besteuerung eines tatsächlich vorhandenen Betriebsgewinns, der dem Vermögen des Klägers zugute gekommen ist, jedoch als sogenannte stille Reserve nicht von der Einkommensteuer erfaßt wurde, weil er bei der Gewinnermittlung für den Betrieb im Hinblick auf die Fortführung der Buchwerte nicht aufzudecken war.

Die Offenlegung des tatsächlich vorhandenen Wertes des Fuhrparks durch dessen Übergang auf die GmbH, die letztlich nur eine Realisierung und keine Schädigung des tatsächlich vorhandenen Vermögens darstellt, eröffnete dem Kläger erst die Möglichkeit, diesen Gewinn zu nutzen. Sie bedeutete also lediglich eine Offenlegung und Umschichtung, aber keine Schädigung seiner Gesamtvermögenslage, auch wenn dadurch Einkommensteuer auf die bisher stillen Reserven anfiel.

Nach der auch hier bei der Schadenermittlung anzuwendenden Differenzhypothese liegt ein Vermögensschaden vielmehr nur dann vor, wenn der jetzige tatsächliche Wert des Gesamtvermögens des Klägers geringer wäre als der Wert, den es ohne die Veräußerung des Fuhrparks und statt dessen dessen Überführung in ein Leasingunternehmen gehabt hätte.

Dabei kann nicht allein auf die angefallene Einkommensteuer abgestellt werden. Vielmehr sind

in einer Gesamtbetrachtung das jetzige und das hypothetische Vermögen zu vergleichen. Der Kläger hätte in Form einer umfassenden Darstellung die abweichende steuerliche Entwicklung im Falle der Überführung in ein Leasingunternehmen darlegen müssen. Die Vor- und Nachteile der gewählten und der hypothetischen Lösung hätten gegeneinander abgewogen werden müssen. Hierauf ist der Kläger mehrfach durch die Beklagte hingewiesen worden; auch das LG hat hierauf abgestellt.

Auch das OLG Frankfurt (GI 1995, 229 ff) hat in einem ähnlich gelagerten Fall in Übereinstimmung mit der diesbezüglichen Ansicht in der Literatur die Ansicht vertreten, daß eine Betriebsumwandlung ein komplexer Vorgang sei, der nicht nur Vorteile mit sich bringen könne. Es hat zutreffend ausgeführt, daß es nicht angehe, daß der Kläger nur einige nachteilige Steuerfolgen herausgreife und diese als Schaden darstelle.

Eine derartige, ihm durchaus mögliche Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile hat der Kläger auch in der Berufungsinstanz nicht nachgeholt. Insbesondere reicht insoweit sein Vortrag, er praktiziere nunmehr die Form des Leasings und seine Steuerlast sei gleich Null, nicht aus. Der Kläger hat nämlich auf ergänzende Befragung im Termin erklärt, Grundlage seines jetzigen Leasingunternehmens sei ein Buspark, für den er 1997 neue Busse für 1.800.000 DM erworben habe, und er habe seine ehemaligen eigenen Busse von der Betriebs-GmbH zurückgekauft.

Allein wegen der mit diesen Investitionen verbundenen Schaffung eines großen Abschreibungsvolumens und dessen Einfluß auf die tatsächliche Steuerlast des Klägers kann dieser die jetzigen Verhältnisse nicht zur Begründung eines Schadens im Jahre 1994 anführen.

Die Schaffung eines neuen Unternehmens unter Einsatz erheblicher Investitionen ist erkennbar nicht dazu geeignet, als Schaden nachweis für eine Steuer Mehrbelastung zu dienen für den Fall der vom Kläger für das Jahr 1994 als Alternative aufgezeigten Form eines auf ein Auslaufen angelegten Leasingunternehmens, das die vorhandenen alten Busse nach und nach verschrottet.

Das mit diesem neuen, auf ein Auslaufen angelegten Unternehmen Steuerlasten auf den Kläger zugekommen wären, die bei der Diffe-

renzhypothese zu berücksichtigen sind, liegt auf der Hand, ohne daß insoweit eine abschließende, umfassende Prüfung nötig wäre.

Zwar wäre es möglich gewesen, bei der Überführung des Fuhrparks in ein Leasingunternehmen zunächst im Gründungsjahr die im Fuhrpark ruhenden stillen Reserven nicht aufzudecken. Das Betriebsvermögen hätte zunächst steuerneutral überführt werden können (vgl. Hermann u.a., EStG 21. Aufl., § 5 Anm. 49q Ziff. 2). Hätte der Kläger aber sodann die Busse verleast, hätte er nicht nur den darin tatsächlich liegenden Gewinn nicht realisieren können, er hätte zudem die Einnahmen aus dem Leasinggeschäft – mangels Abschreibungsmöglichkeiten – in voller Höhe zum vollen Steuersatz versteuern müssen. **Zudem hätte er in den Folgejahren neben der Einkommensteuer zusätzlich Gewerbesteuer zahlen müssen.**

Hinzu kommt, daß es durchaus zweifelhaft erscheint, ob die Überführung des Betriebsgrundstücks in das Privatvermögen bei gleichzeitiger Fortführung eines Leasingunternehmens auf demselben Grundstück steuerlich anerkannt worden wäre. Insoweit hat der Kläger eingeräumt, daß eine Betriebsprüfung für den streitigen Veranlagungszeitraum noch nicht stattgefunden hat, so daß dem Umstand allein, daß er derzeit ein Leasingunternehmen auf seinem Privatgrundstück betreibt, in diesem Zusammenhang keine ausschlaggebende Bedeutung zukommt.

2. Des weiteren stützt der Kläger seinen Schadenersatzanspruch darauf, daß er **bei Kenntnis der tatsächlich auf ihn zukommenden Steuerbelastung Renovierungsarbeiten durchgeführt hätte.** Dieser Aufwand hätte seine Steuerlast ebenfalls auf Null reduziert. Insofern hat er behauptet, er habe aufgrund ausreichender liquider Mittel die Möglichkeit gehabt, in ein ihm gehörendes, unter Denkmalschutz stehendes Haus Renovierungskosten i.H.v. 750.000 bis 800.000 DM zu investieren. Diese hätte er für das Jahr des Aufwands voll als Werbungskosten absetzen können.

Auch hiermit läßt sich jedoch ein Schadenersatzanspruch nicht begründen. Unstreitig hat der Kläger das denkmalgeschützte Haus zu einem Kaufpreis von ca. 250.000 DM erworben. Angesichts dessen ist es mehr als zweifelhaft, ob ein Renovierungsaufwand von ca. 750.000 DM als sofort abzugsfähiger Erhaltungsaufwand steuerlich absetzbar gewesen wäre. Es spricht

Steuerberaterhonorar

vielmehr alles dafür, daß es sich in Wahrheit um nachträgliche Herstellungskosten (Abschreibungs-**dauer**: 10 Jahre) gehandelt hätte. Auch hat der **Kläger** in keiner Weise belegt, was ihm durch eine Bescheinigung gemäß § 7i Abs. 2 EStG durchaus möglich gewesen wäre, daß die Renovierung des Hauses tatsächlich in Abstimmung mit der Denkmalbehörde möglich gewesen wäre.

Letztlich kann dies aber alles dahingestellt bleiben. Denn wenn man dem Kläger in seinem Vortrag zur sofortigen Abzugsfähigkeit der Kosten sowie zur Abstimmung mit der Denkmalbehörde folgt, **scheitert sein Anspruch daran, daß es in seiner Macht stand, seine Steuerlast auf Null zu reduzieren.**

Aufgrund der Angaben des Klägers im Termin, deren Richtigkeit er auf mehrfache Nachfrage bestätigt hat, **war ihm seit Januar 1996, also über ein Jahr vor Erlass des Einkommensteuerbescheides für den hier einschlägigen Veranlagungszeitraum 1994, bekannt, welche Steuerlast tatsächlich auf ihn zukommen würde.** Zu dieser Zeit hatte er, wie er ebenfalls mehrfach betont hat, ausreichende finanzielle Möglichkeiten, die Renovierungen i.H.v. ca. 750.000 DM an dem Haus sofort durchzuführen. Hätte er dies getan, hätte dies – die sofortige Abzugsfähigkeit unterstellt – zu einem Verlustrücktrag für das Jahr 1994 geführt. Der Kläger hätte also seine Steuerlast selbst auf Null reduzieren können. **Dann war aber die – unterstellte – falsche Beratung der Beklagten letztlich nicht ursächlich für den – angeblichen – Schaden des Klägers.**

Das gilt auch, soweit der Kläger im Termin vortragen hat, er hätte in seinen umfangreichen weiteren Immobilienbesitz investieren können, was er inzwischen auch getan habe. Bei diesem habe ebenfalls ein enormer Reparaturstau bestanden, dessen Beseitigung steuerlich sofort abzugsfähiger Gehaltsaufwand gewesen sei. Wenn dies zutrifft, hätte der Kläger die Aufwendungen in 1996 tätigen können und müssen, um die Steuerbelastung 1994 zu beseitigen.

Soweit der Kläger mit Schriftsatz vom 20.1.1999 vortragen läßt, erst Ende 1996 sei ihm das Ergebnis des Jahres 1994 bekannt gewesen und zu diesem Zeitpunkt habe er keine Investitionen mehr tätigen können, ist dieser Vortrag – jedenfalls – deshalb unbeachtlich, weil er in Widerspruch zu seinen eigenen, mehrfach wiederholten Angaben im Termin vor dem Senat steht.

- Rückforderungsanspruch
 - Darlegungs- und Beweislast
 - Anspruch aus ungerechtfertigter Bereicherung
 - Verspätungszuschläge
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 9.10.1997 – 13 U 153/96)

Leitsätze (d. Red.):

1. Vorschüsse sind Vorauszahlungen auf noch nicht fällige Honorare. Rückzahlungsansprüche beurteilen sich nach § 667 BGB. Die Darlegungs- und Beweislast dafür, daß ein Vorschuß bereits durch geleistete Arbeit verdient wurde, liegt beim Steuerberater.
2. Zahlungen wegen schon geleisteter Arbeiten sind Abschlags-, Teil- oder Schlußzahlungen auf fällige Forderungen. Den Mandanten trifft die Darlegungs- und Beweislast für die Behauptung, die Zahlungen seien ohne Rechtsgrund gemäß § 812 BGB erfolgt. Der Steuerberater hat aus seiner Handakte heraus darzulegen, wann er welche Arbeit erledigt und abgeliefert hat.
3. Mangelhafte Dienstleistung berechtigt nicht, das Honorar zu mindern. Die Gefahr des Mißlingens der geschuldeten Arbeit trägt der Auftraggeber.
4. Ansprüche wegen verspäteter Abgabe der Steuererklärung setzen voraus, daß der Berater sich in Verzug befand, d.h. trotz Mahnung i.S.v. § 284 Abs. 1 Satz 1 BGB seine fällige Leistung nicht erfüllt hat.

Zum Sachverhalt:

Die klagende GmbH & Co. KG nimmt den Beklagten aus eigenem und abgetretenem Recht (der persönlich haftenden GmbH und einer Erbengemeinschaft) auf Rückzahlung von Steuerberater- und Hausverwalterhonorar, Herausgabe (Weitergabe) von Mieteinnahmen eines Mehrfamilienhauses und Schadenersatz wegen mangelhafter Leistung und unberechtigter Vergabe von Aufträgen in Anspruch.

Der Beklagte war bis Ende Juni 1993 als Steuerberater tätig, hatte seit 1978 die steuerlichen Interessen der Klägerin und der Erbengemeinschaft wahrgenommen und von April oder Mai 1990 bis November oder Dezember 1992 Häuser der Klägerin und der Erbengemeinschaft verwaltet.

Im ersten Rechtszug hat die Klägerin zuletzt als Rückzahlungs-, Herausgabe- oder Ersatzansprüche geltend gemacht: (...)

Mit der Berufung macht sie zusätzlich geltend: (...)

Hinsichtlich der Beträge, die sie als Steuerberater- und Verwalterhonorar gezahlt habe und zurückverlange, leitet die Klägerin ihren Zahlungsantrag hilfsweise aus einem Schadenersatzanspruch her, der sich daraus ergebe, daß der neue Hausverwalter und der neue Steuerberater „nachgearbeitet“ hätte. Er habe die Verwaltung des Hauses (mit Ausnahme der Buchungen) aufgearbeitet, die Steuererklärungen ab 1987/1988 angefertigt und nachträglich die Buchführung für die Hausverwaltung erstellt. Weiter hilfsweise stützt sie ihren Zahlungsantrag auf die restlichen 90% der Ansprüche, von denen sie mit der Berufung jeweils 10% geltend macht. (...)

Die Berufung ist begründet. Der Zahlungsantrag der Klägerin ist – bis auf geringfügige Abstriche bei den Zinsen – in dem jetzt noch geltend gemachten Umfang gerechtfertigt.

Aus den Gründen:

A. Zahlungsansprüche der Klägerin

I.

Die Klägerin ist, soweit sie nicht aus eigenem Recht klagt, nach § 398 BGB durch Abtretung befugt, die erhobenen Ansprüche geltend zu machen. Sie wird durch die GmbH, deren Ansprüche gegen den Beklagten sie verfolgt, gesetzlich vertreten. Die alleinige Geschäftsführerin der GmbH ist zugleich Mitglied der Erbengemeinschaft, deren Ansprüche geltend gemacht werden, und verwaltet als Testamentsvollstreckerin den Nachlaß.

Daß sie deren Interessen allein wahrnimmt, ist dem Beklagten bekannt (Rechnungen des Beklagten vom 9.7.1991 und 10.5.1993 an die Erbengemeinschaft zu Händen der Geschäftsführerin der GmbH).

Deshalb läßt schon der Umstand, daß die Geschäftsführerin der GmbH als tatsächlich handelnde natürliche Person (auch) Ansprüche der GmbH und der Erbengemeinschaft einklagt, keinen Zweifel an ihrer Erklärung, daß die Abtretung stattgefunden hat.

II. Rückzahlung von 69.540 DM Steuerberaterhonorar

Der Anspruch ist in Höhe der gezahlten Nettohonorare gerechtfertigt:

1. Der Steuerberatungsvertrag ist regelmäßig ein Dienstvertrag, der eine Geschäftsbesorgung zum Gegenstand hat (BGHZ 115, 382, 386 = NJW 1992, 307, 308; BGH, NJW 1997, 516). Daran ändert auch nichts, daß die Tätigkeit des Steuerberaters gelegentlich oder regelmäßig zu „greifbaren Ergebnissen“ (BGHZ 115, 382, 386 = NJW 1992, 307, 308) führen muß. **Lediglich bei Einzelaufträgen, die auf eine einmalige, in sich abgeschlossene Leistung gerichtet sind, wird der Steuerberater das Risiko im allgemeinen hinreichend abschätzen können, um für einen bestimmten Erfolg seiner Tätigkeit als Werkleistung i.S.v. § 631 BGB einzustehen** (BGH, a.a.O.).

2. Im Falle der Kündigung des (Dauer-)Mandats durch den Auftraggeber ist das Honorar gemäß § 628 Abs. 1 Satz 1 BGB auf einen der bisherigen Tätigkeit entsprechenden Teil herabzusetzen. Dabei ist aber § 12 Abs. 4 StBGebV zu beachten. Danach hat der Steuerberater die Gebühr schon mit dem Beginn der Arbeit an der jeweiligen Angelegenheit in voller Höhe verdient (vgl. Abs. 4 Satz 3 der amtlichen Begründung zu § 12 StBGebV, abgedruckt bei Eckert/Böttcher, StBGebV 2. Aufl. [1989], S. 213 f; Senat, StB 1994, 155, 156; BGH, NJW 1987, 315, 316, zur identischen Rechtslage bei § 13 Abs. 4 BRAGO).

3. Verlangt der Auftraggeber, wie hier, Rückzahlung von schon gezahlten Beträgen, so hängt die Darlegungs- und Beweislast von der Art der Zahlung ab:

a) Vorschüsse an den Steuerberater sind Vorauszahlungen auf Entgelte, die noch nicht fällig sind. Die Rückzahlung von Vorschüssen richtet sich nicht nach § 812 BGB. Für sie ist § 667 BGB mindestens entsprechend anzuwenden, weil es um Geschäftsbesorgung geht. Die Darlegungs- und Beweislast dafür, daß sie durch die geleistete Arbeit schon verdient sind, liegt nicht beim Mandanten, sondern beim Steuerberater (BGH, WM 1988, 763, 764 = NJW-RR 1988, 1264).

b) Zahlungen auf schon erbrachte Arbeiten des Steuerberaters sind keine Vorschüsse, sondern Abschlags-, Teil- oder Schlußzahlungen auf ein fälliges Entgelt. Jedenfalls mit der Schlußzahlung bringt der Mandant, der zunächst Vor-

schüsse, Abschläge oder Teilbeträge gezahlt hat, zum Ausdruck, daß er das gesamte gezahlte Entgelt als fällig (verdient) ansehe. Anspruchsgrundlage für einen etwaigen Rückzahlungsanspruch ist nunmehr § 812 Abs. 1 Satz 1 1. Alt. BGB (Leistungskondiktion).

Damit kehrt sich die Darlegungs- und Beweislast um. Der Bereicherungsschuldner braucht nicht zu beweisen, daß er eine Zahlung mit Rechtsgrund erhalten hat. **Vielmehr trifft den Gläubiger des Bereicherungsanspruchs die Darlegungs- und Beweislast für seine Behauptung, die Zahlung sei ohne Rechtsgrund erbracht worden** (BGH, NJW 1995, 727, 728). Nach der Schlußzahlung ist es also Sache des Mandanten, darzulegen und zu beweisen, daß und in welchem Umfang er die Vergütung(en) ohne Rechtsgrund gezahlt hat.

4. Nach dem Vorbringen der Klägerin, das durch die Rechnungen des Beklagten vom 9.7.1991 bestätigt wird, war seit 1984 vereinbart, daß der Beklagte für seine Tätigkeit als Steuerberater ein **Pauschalhonorar von 25.500 DM pro Jahr** zzgl. MwSt. erhielt, und zwar

von der KG (Klägerin)	15.500 DM
von der GmbH	1.000 DM
von der Erbengemeinschaft	9.000 DM
= insgesamt	25.500 DM

Für die Jahre 1989 bis 1991 hat der Beklagte gemäß seinen Rechnungen als Steuerberaterhonorar angefordert:

von der KG (Klägerin) für	
1990 (à conto)	5.700 DM
Betriebsprüfung 1990 (à conto)	5.700 DM
1989 und 1990 (abzgl. à conto)	29.640 DM
1991	5.700 DM
von der GmbH für	
1989 und 1990	2.280 DM
von der Erbengemeinschaft für	
1989 und 1990	20.520 DM
= insgesamt	69.540 DM

Diese Beträge hat der Beklagte auch erhalten. Sein Einwand, die vorgelegten Rechnungen ergäben nur 63.840 DM (also 69.540 DM abzgl. 63.840 DM = 5.700 DM weniger), beruht offenbar darauf, daß er die beiden Rechnungen vom 23.3.1990 über je 5.700 DM, die verschiedene Gegenstände betreffen, (jetzt) irrtümlich als identisch angesehen hat. Er hat jedenfalls auf beiden Rechnungen quittiert, daß er den Betrag per Scheck erhalten habe.

5. Bei dem „Honorar 1991“ hat der Beklagte unter dem 24.7.1991 eine Abschlagszahlung angefordert und erhalten. Ob es sich dabei um eine Vorauszahlung oder um eine Zahlung auf Arbeiten gehandelt hat, die der Beklagte im Jahre 1991 schon erbracht hatte, ist unklar. Diese Unklarheit geht zu Lasten des Beklagten. Denn er hätte zumindest darlegen müssen, welche Arbeiten er 1991 schon geleistet hatte. In Höhe des Nettohonorars von 5.000 DM ist der Rückzahlungsanspruch demnach begründet.

6. Für seine „Tätigkeit anlässlich der Betriebsprüfung“ hat der Beklagte ebenfalls eine Abschlagszahlung (à conto) angefordert und erhalten. Diese Tätigkeit war jedenfalls aus der Sicht des Beklagten nicht von dem vereinbarten Pauschalhonorar erfaßt, denn er hat die geleistete Zahlung bei der Schlußrechnung für 1989 und 1990 nicht berücksichtigt (dort hat er 5.000 DM zzgl. MwSt. nur einmal abgezogen, und das kann sich nur auf die Rechnung vom 23.3.1990 über eine Akontozahlung für 1990 beziehen).

In welchem Umfang er die Zeitgebühr, § 29 Nr. 1 StBGebV, für die Teilnahme an der Betriebsprüfung tatsächlich verdient habe, hätte der Beklagte zumindest darlegen müssen. Das ist nicht geschehen. Damit ist der Rückzahlungsanspruch in Höhe des Nettohonorars von 5.000 DM auch insoweit begründet.

7. Im übrigen haben die Klägerin, die GmbH und die Erbengemeinschaft jeweils Schlußzahlungen geleistet. Gleichwohl ist der Anspruch auf Rückzahlung gerechtfertigt:

a) **Wer Zahlungen aus ungerechtfertigter Bereicherung zurückfordert, hat das Nichtbestehen eines Rechtsgrundes darzulegen und zu beweisen.** Er muß also einen Negativbeweis führen. Die Schwierigkeit dieses Beweises ist dadurch auszugleichen, daß die andere Partei zunächst im einzelnen die tatsächlichen Umstände darzulegen hat, die für einen Rechtsgrund sprechen. Das gilt auch bei der Rückforderung von Steuerberaterhonorar (BGH, WM 1996, 73, 75 = NJW-RR 1996, 375, 376).

b) Nach dem Vorbringen der Klägerin waren dem Beklagten

- Buchführung,
- Jahresabschlüsse und
- Steuererklärungen, insbesondere die Erklärungen zur einheitlichen und gesonderten Gewinnfeststellung und die Jahreserklärungen zur Umsatzsteuer, übertragen.

Die Klägerin wirft dem Beklagten vor, daß

- die Buchhaltung seit 1988 zum Teil unvollständig gewesen sei,
- er ab 1987 keine Jahresabschlüsse mehr aufgestellt und
- ab 1988 keine Steuererklärungen mehr angefertigt habe.

c) Der Vorwurf, seit 1988 sei die Buchhaltung zum Teil unvollständig gewesen, ist zwar unbeachtlich, weil er so allgemein gehalten und inhaltsleer („unsubstantiiert“) ist, daß der Beklagte darauf gar nicht konkret erwidern konnte. Den Vorwurf, er habe seit 1988 weder Jahresabschlüsse aufgestellt noch Steuererklärungen angefertigt, hätte der Beklagte dagegen nicht einfach mit der Behauptung abtun dürfen, er habe alle angefallenen Arbeiten erledigt. Darauf hätte er konkret eingehen müssen.

Die Klägerin hat ein Schreiben ihres neuen Steuerberaters vom 9.3.1993 an das Finanzamt zu der Frage vorgelegt, wie an die letzte vorhandene Bilanz zum 31.12.1986 angeschlossen werden könne. Zur gesonderten und einheitlichen Feststellung von Besteuerungsgrundlagen hat sie Bescheide des Finanzamts vom 23.1.1991 (für 1988) und 16.11.1992 (für 1989) gegenüber der Erbengemeinschaft und vom 26.1.1993 (für 1990 und 1991) gegenüber der Klägerin vorgelegt, aus denen sich ergibt, daß für die genannten Jahre keine Steuererklärungen vorlagen. Angesichts dieser Urkunden hätte der Beklagte seinen Einwand, er habe alle angefallenen Arbeiten erledigt, durch konkrete Angaben untermauern müssen. Dazu wäre er ohne weiteres imstande gewesen. **Denn aus seinen Handakten muß sich ergeben, wann er welche Angelegenheit erledigt und wann er das jeweilige Arbeitsergebnis (Jahresabschluß, Steuererklärung) abgeliefert hat.**

d) Mangels konkreter eigener Angaben des Beklagten zu diesem Punkt ist die Behauptung der Klägerin, er habe seit 1988 weder Jahresabschlüsse aufgestellt noch Steuererklärungen angefertigt, als nicht bestritten zu behandeln. **Da dem Vorbringen des Beklagten nicht zu entnehmen ist, in welchem Umfang die gezahlten Pauschalhonorare auf die Buchführung entfielen, ist auch keine Aufteilung der Zahlungen in verdientes (Buchführung) und nicht verdientes (Jahresabschlüsse, Steuererklärungen) Honorar möglich.**

8. Daraus folgt, daß der Anspruch der Klägerin auf Rückzahlung des Steuerberaterhonorars für 1989 bis 1991 insgesamt begründet ist.

Die Klägerin kann aber nur **Rückzahlung der Nettobeträge** (ohne Mehrwertsteuer) verlangen, weil im Zweifel davon auszugehen ist, daß sie die von dem Beklagten berechnete Mehrwertsteuer als Vorsteuer abgesetzt hat.

Netto hat der Beklagte angefordert und erhalten:

von der KG (Klägerin) für	
1990 (à conto)	5.000 DM
Betriebsprüfung 1990 (à conto)	5.000 DM
1989 und 1990 (abzgl. à conto)	26.000 DM
1991	5.800 DM
von der GmbH für	
1989 und 1990	2.000 DM
von der Erbengemeinschaft für	
1989 und 1990	18.000 DM
= insgesamt	61.800 DM

9. Der Hilfsanspruch auf Schadenersatz wegen des Honorars, das die Klägerin an ihren neuen Steuerberater gezahlt hat, ist damit gegenstandslos. **Denn bei Rückzahlung des Steuerberaterhonorars, das der Beklagte erhalten hat, steht die Klägerin sich nicht schlechter, als sie gestanden hätte, wenn**

- **entweder der Beklagte die zunächst ihm und später dem neuen Steuerberater übertragenen Aufgaben erledigt**
- **oder die Klägerin von Anfang an den neuen Berater beauftragt hätte.**

10. Der auf § 68 StBerG gestützte Einwand der Verjährung ist unbegründet, weil der Schadenersatzanspruch gegen den Steuerberater, wie dargelegt, keine Rolle spielt.

III. Rückzahlung von Akontozahlungen auf das vereinbarte Honorar für die Verwaltung eines Hauses

Insoweit sind Klage und Berufung nicht begründet:

1. Auch die Hausverwalterverträge mit der Klägerin (für das Haus A) und der Erbengemeinschaft (für die Häuser B) waren Dienstverträge, die eine Geschäftsbesorgung zum Gegenstand hatten. Der Beklagte schuldete nur bestimmte Tätigkeiten (Überwachung der Miteingänge, Neuvermietungen, Abrechnung der Mietnebenkosten, Erledigung von Beschwerden oder Mängelrügen der Mieter und Vergabe von Reparaturaufträgen, letzteres nach Angaben der Klägerin allerdings nur bis zu einer bestimmten Höhe). Ein konkreter geschäftlicher Erfolg war nicht Inhalt des Verwaltervertrages.

2. Die Verwaltung der Häuser B hat die Klägerin (bis auf die Vergabe von Reparaturaufträgen – Dach und Fußboden) nicht beanstandet. Ihre Beanstandungen betreffen allein das Haus A. Dort soll der Beklagte sich nicht um die Belange der Mieter gekümmert und während der ganzen Zeit **keine Nebenkostenabrechnungen erteilt haben**. Das rechtfertigt aber nicht den Anspruch der Klägerin auf Rückzahlung der geleisteten Akontozahlungen. **Mangelhafte Leistungen des Dienstverpflichteten erlauben dem Dienstberechtigten nicht, die Vergütung zu mindern. Nach dem Gesetz trägt der Dienstberechtigte die Gefahr des Mißlingens der geschuldeten Tätigkeit** (BGH, NJW 1982, 1532).

Anders als das Kaufrecht oder das Werkvertragsrecht kennt das Dienstvertragsrecht keine Minderungsmöglichkeit. Vielmehr gelten bei der Verletzung von Dienstpflichten die allgemeinen Vorschriften über Unmöglichkeit, Verzug und Schlechterfüllung (BGH, a.a.O.). Tatsachen für das Vorliegen von Unmöglichkeit oder Verzug hat die Klägerin nicht vorgebracht. Demgemäß ist sie nach dem Vertragsverhältnis der Parteien darauf verwiesen, Schadenersatzansprüche wegen Schlechterfüllung geltend zu machen. (...)

IV. Herausgabe von 22.965,60 DM Mieten und Kautionen, die verschiedene Mieter auf das Konto des Beklagten gezahlt haben sollen

Der Anspruch ist in voller Höhe gerechtfertigt:

1. Soweit Mieter auf das Konto des Beklagten gezahlt haben, hat die Klägerin als Vermieterin und Auftraggeberin des Beklagten schon nach §§ 675, 667 BGB Anspruch auf Herausgabe des Erlangten. Deshalb kann zunächst offenbleiben, ob die Zahlungsvorgänge auf vorsätzlichen unerlaubten Handlungen des Beklagten beruhen.

2. 20.070 DM sind unstreitig auf das Privatkonto des Beklagten gezahlt und nicht weitergeleitet worden. Der Anspruch ist aber auch in Höhe der restlichen 2.895,60 DM begründet. Unstreitig hat der Mieter diesen Betrag im Oktober 1990 an den Beklagten gezahlt. In seiner Abrechnung der Verwalterkosten vom 20.9.1994 hatte der Beklagte auch noch 22.965,60 DM, also auch die 2.895,60 DM, als auf seinem Konto eingegangene Zahlungen abgezogen. Deshalb ist der spätere Einwand des Beklagten, die Zahlung sei unmittelbar nach Eingang, d.h. noch im Oktober 1990, auf das Mietkonto „umgebucht“ worden, ohne nähere Angaben nicht nachvollziehbar.

Das „Umbuchen“ kann kein rein buchhalterischer Vorgang gewesen sein, weil es sich nach dem Vorbringen des Beklagten um zwei verschiedene Girokonten gehandelt hat; der Betrag muß von dem Privatkonto des Beklagten auf das Mietkonto überwiesen worden sein. Dazu hätte der Beklagte anhand seiner eigenen Kontobelege konkret (Datum der Überweisung) vortragen können und müssen. Sein Einwand, er habe die Verwalterunterlagen herausgegeben, ist unerheblich, weil die eigenen Kontobelege des Beklagten dazu nicht zählten.

V. Erstattung der Kosten einer Fußbodenreparatur

Insoweit sind Klage und Berufung unbegründet. Die Klägerin hat keinen geeigneten Beweis dafür angeboten, daß der Beklagte den Auftrag nicht erteilen durfte.

Nach dem eigenen Vorbringen der Klägerin gehörte die Vergabe von Reparaturaufträgen zu den Aufgaben, die dem Beklagten übertragen waren. Daß er dies ohne Rücksprache nur bis zu einer bestimmten Höhe durfte, müßte die Klägerin beweisen, weil sich das nicht von selbst versteht. Die behauptete Beschränkung der Vollmacht ergab sich auch nicht (stillschweigend) aus den konkreten Umständen zu diesem Zeitpunkt. Zwar mag bei Ausführung der Arbeiten schon festgestanden haben, daß das Haus an die Lebensgefährtin des Beklagten verkauft werde. Die Klägerin hat aber nicht konkret behauptet und unter Beweis gestellt, daß der Beklagte den Auftrag erteilt habe, als das Haus schon (mündlich) verkauft war.

VI. Erstattung der Zinsen, Verspätungs- und Säumniszuschläge, die das Finanzamt gegen die Klägerin festgesetzt habe

Auch insoweit sind Klage und Berufung unbegründet:

1. **Säumniszuschläge** sind nach § 240 AO zu entrichten, wenn Steuern nicht pünktlich gezahlt werden, die schon festgesetzt oder angemeldet worden sind. Wie der Beklagte das – die unpünktliche Zahlung festgesetzter oder angemeldeter Steuern – verschuldet haben soll, hat die Klägerin nicht dargetan.

2. **Verspätungszuschläge** können nach § 152 AO gegen denjenigen festgesetzt werden, der seiner Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung nicht oder nicht fristgerecht nachkommt.

Die Fristen des § 149 Abs. 2 Satz 1 AO und der Steuergesetze zur Abgabe von Steuererklärungen gelten aber allein für den Steuerpflichtigen (BGH, NJW 1992, 307, 308). **Ansprüche gegen den Steuerberater können aus der verspäteten Abgabe einer Steuererklärung nur hergeleitet werden, wenn er sich mit seiner vertraglichen Hauptpflicht zur Bearbeitung der Steuererklärungen in Verzug befunden hat, d.h. trotz Mahnung, § 284 Abs. 1 Satz 1 BGB, seine fälligen Dienstpflichten nicht erfüllt hat** (BGH, NJW 1992, 307, 309). Dazu ist nichts vorgetragen.

3. Den festgesetzten Zinsen von 417 DM standen **Zinsgewinne** gegenüber, die die Gesellschafter in dem Zeitraum erwirtschaftet haben, in dem die an sich fälligen Steuern nicht abgeführt worden sind. Denn die Klägerin hat selbst vorgetragen (und im ersten Rechtszug einen Ersatzanspruch daraus hergeleitet), daß Geldanlagen aufgelöst werden mußten, um die Steuern zu bezahlen. Daß und in welcher Höhe bei der gebotenen Gesamtbetrachtung des Vermögens der Klägerin, der GmbH und der Erbengemeinschaft gleichwohl eine Vermögenseinbuße entstanden ist, kann dem Vorbringen der Klägerin nicht entnommen werden.

B. Zahlungsansprüche des Beklagten

Der Zahlungsantrag der Klägerin ist in dem jetzt noch geltend gemachten Umfang begründet, obwohl ihre Ansprüche teilweise durch die erklärte Hilfsaufrechnung des Beklagten mit seinem Anspruch auf eine Vergütung für seine Tätigkeit als Hausverwalter erloschen sind. Aus Gründen der Rechtskraft ist klarzustellen, inwieweit das der Fall ist.

Der Beklagte hat für die Zeit von Anfang April 1990 bis Ende November 1990 Anspruch auf eine Vergütung für seine Tätigkeit als Hausverwalter:

1. Der Beklagte hat (mit Schriftsatz vom 28.3.1995) vorgetragen, er sei „von April 1990 bis ...“ Hausverwalter gewesen, und Aufstellungen über die Mieteinnahmen aus den drei Häusern vorgelegt, die mit dem Monat April beginnen. Mit ihrer Erwiderung (Schriftsatz vom 2.5.1995), der Verwaltervertrag habe „von April 1990 bis ...“ bestanden, hat die Klägerin diesen Anfangszeitpunkt zugestanden. Daran muß sie sich festhalten lassen, weil sie ihren teilweise abweichenden Vortrag, das Verwalterverhältnis habe erst im Mai 1990 begonnen, nicht näher begründet hat.

2. Der **Vergütungsanspruch endete** mit Ablauf des Monats November 1992. Dabei kann dahinstehen, wer die Kündigung ausgesprochen hat und zu welchem Zeitpunkt (Ende November oder Ende Dezember 1992) das geschehen ist. Ein Vergütungsanspruch für Dezember 1992 ist jedenfalls durch § 323 Abs. 1 BGB ausgeschlossen. Nach seinem eigenen Vorbringen (Schriftsatz vom 28.3.1995) hat der Beklagte die Hausverwaltertätigkeit (nur) „bis zu seiner gesundheitlichen Inkompetenz im Oktober/November 1992“ ordnungsgemäß ausgeübt. Damit hat er für die Zeit danach den Anspruch auf die vereinbarte Vergütung verloren, weil er die ihm obliegende Leistung nicht (mehr) erbracht und auch kein Fall des § 616 BGB (verhältnismäßig nicht erhebliche Verhinderung) vorgelegen hat.

3. Unstreitig stand dem Beklagten für die Hausverwaltung ein **Honorar von 4% der Nettomieteinnahmen** zzgl. MwSt. zu. Davon ist auszugehen, weil der Beklagte für seine Behauptung, zusätzlich sei eine Kostenpauschale von 500 DM pro Jahr (die der Beklagte nur in den Abrechnungen für das Haus A angesetzt hat) vereinbart gewesen, keinen geeigneten Beweis angetreten hat.

Notarhaftung

- Belehrung über Steuer- und Subventionsfragen?
- EigenheimzulagenG

(LG Osnabrück, Urt. v. 11.1.1999 - 2 O 418/98)

Leitsatz (d. Red.):

Der Notar muß im Rahmen der Beurkundung eines Grundstückskaufvertrages nicht auf steuerliche Folgen hinweisen. Die Vergütung des Notars gilt dieses Belehrungsrisiko nicht ab. Entsprechendes gilt für Fragen des Subventionsrechts (hier: EigenheimzulagenG).

Zum Sachverhalt:

Am 13.10.1995 beurkundete der Beklagte einen Kaufvertrag über eine Eigentumswohnung in O. zwischen der Klägerin als Käuferin und der T.-GmbH zu einem Kaufpreis von 230.000 DM. Die Eigentumswohnung wird von der Klägerin seit dem 1.12.1995 selbst bewohnt.

Für diese Eigentumswohnung hätte eine Förderungsmöglichkeit nach dem Eigenheimzulagegesetz vom 3.1.1996 (BGBl vom 15.12.1995, S. 1783) bestanden, wenn der notarielle Kaufvertrag nach dem 26.10.1995 geschlossen worden wäre.

Die Klägerin ist der Ansicht, daß der Beklagte als Notar sie darauf hätte hinweisen müssen. Dann hätte sie den notariellen Kaufvertrag nach dem 26.10.1995 geschlossen. Durch das Unterlassen des Hinweises seitens des Beklagten sei ihr ein Schaden in Höhe von 20.713,11 DM entstanden.

(Anträge ...)

Die Klage ist unbegründet.

Aus den Gründen:

Ein Anspruch gemäß § 19 BNotO besteht nicht, da der Beklagte keine sich aus § 17 Beurkundungsgesetz ergebende Pflicht verletzt hat.

Der Notar, der einen Grundstückskaufvertrag beurkundet, ist regelmäßig nicht gehalten, auf steuerrechtliche Folgen des beurkundeten Geschäfts hinzuweisen (BGH, WM 1992, 1733, 1735). Denn diese gehören typischerweise nicht zum Inhalt eines Grundstückskaufvertrages selbst, sondern ergeben sich kraft Gesetzes als Folgen daraus. Die Vergütung des Notars gilt ein solches Belehrungsrisiko nicht mit ab. Im Bedarfsfalle müssen sich die Beteiligten über Steuerfragen von Fachkräften gesondert beraten lassen (vgl. BGH, DNotZ 1996, 116 m.w.N.).

Entsprechendes gilt für Fragen des Subventionsrechts.

Nur ausnahmsweise ist der Notar im Rahmen seiner allgemeinen Betreuungspflicht (§ 14 Abs. 1 BNotO) gehalten, auf steuerliche Gefahren aufmerksam zu machen, wenn er aufgrund besonderer Umstände des Einzelfalls Anlaß zu der Vermutung haben muß, einem Beteiligten drohe ein Schaden, weil er sich der Gefahr des Entstehens einer besonderen Steuerpflicht nicht bewußt ist.

Einen objektiven Anlaß für eine derartige Besorgnis hat die Klägerin nicht vorgetragen. Sie hat insbesondere nicht behauptet, nach steuerrechtlichen oder subventionsrechtlichen Gegebenheiten gefragt zu haben.

Im übrigen spricht weiter gegen eine Belehrungspflicht des Beklagten, daß das Eigenheimzulagegesetz zum Zeitpunkt des Abschlusses des notariellen Kaufvertrages noch nicht einmal im Bundesgesetzblatt verkündet worden war. Dies war erst am 15.12.1995 der Fall, d.h. mehr als zwei Monate später.

GI Hinweise

1. Die durch die gesetzliche Neuregelung zur Scheinselbständigkeit und geringfügigen Beschäftigung verursachten Diskussionen führen zu einer sinnvollen und hilfreichen Neuerscheinung von Sieben/Albert/Dahlbender/Müller: Geringfügige Beschäftigung und Scheinselbständigkeit.

Die Neuerscheinung zeigt nach Darstellung der verschiedenen Ansätze im Sozial-, Steuer- und Arbeitsrecht praxisgerechte Lösungen auf. Im ersten Teil des Buches werden die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse erörtert. Im zweiten Teil stellen sich die Autoren den Problemen der Scheinselbständigkeit. Im arbeitsrechtlichen Teil ist auch ein Vertragsmuster für die Vereinbarung mit einem freien Mitarbeiter enthalten.

Muster für einen Beitragsnachweis, einen Fragebogen zur Beurteilung der Sozialversicherungspflicht für Saisonarbeitnehmer und Abdruck der wichtigsten einschlägigen Gesetze runden das Werk ab.

Sieben/Albert/Dahlbender/Müller: Geringfügige Beschäftigung und Scheinselbständigkeit - Sozialrecht, Steuerrecht, Arbeitsrecht - von Referatsleiter Stefan Sieben, Dipl.-Betriebswirt Uwe Albert, RA Dr. Frank Dahlbender, RA Dr. Knut Müller; Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1999, 292 Seiten, DIN A 5, brosch., 68,- DM, ISBN 3-504-44941-1

2. Nach der Reform des Umwandlungsrechts und des Umwandlungssteuerrechts hat das Bundesministerium der Finanzen mit Schreiben vom 25.3.1998 einen Anwendungserlaß veröffentlicht, in dem die Finanzverwaltung zu steuerrechtlichen Zweifels- und Auslegungsfällen Stellung nimmt.

Thiel/Eversberg/van Lishaut/Neumann haben dies zum Anlaß der Herausgabe einer Textausgabe genommen. Neben dem Erlaßtext finden sich fachkundige Erläuterungen zu den einzelnen Regelungen des Anwendungserlasses.

Thiel/Eversberg/van Lishaut/Neumann: Umwandlungssteuer-Erlass – Text mit praktischen Hinweisen; Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1998, 320 Seiten, 52,- DM, ISBN 3-504-63079-5

3. Verdeckte Gewinnausschüttungen führen unausweichlich zu Auseinandersetzungen zwischen Steuerberater und Mandant.

Die zivil- und steuerrechtlich einwandfreie Festsetzung der Gesellschafter-Geschäftsführer-Bezüge ist weiterhin enorm schwierig. Von der Rechtsprechung werden immer wieder neue Kriterien aufgestellt, die erhebliche Gestaltungsprobleme mit sich bringen.

Die 7. völlig überarbeitete und erweiterte Auflage von Spitaler/Niemann gibt einen Überblick über die Gesamtheit der Bezüge, die Methoden zur Feststellung der Angemessenheit, die steuerrechtlichen Folgen, nicht angemessene Bezüge sowie über die steuerrechtlich einwandfreie Alters- und Hinterbliebenenversorgung.

Spitaler/Niemann: Die Angemessenheit der Bezüge geschäftsführender Gesellschafter einer GmbH – von Prof. Dr. jur. Armin Spitaler† und StB Dr. jur. Dr. rer. pol. Ursula Niemann, Heft 1 der Schriftenreihe „Rechtsfragen der Handelsgesellschaften“, 7. Auflage 1999; Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 254 Seiten, DIN A 5, brosch., 78,- DM, ISBN 3-504-64614-4

4. Das Steuerentlastungsgesetz 1999, das KonTraG, die neue Insolvenzordnung und andere Gesetzesänderungen haben in der 3. Auflage zu einer Überarbeitung und Erweiterung des Tillmann/Winter: GmbH-Praktikum geführt.

Das Buch zeichnet sich durch praxisnahe Erläuterung der gesellschaftsrechtlichen und steuerrechtlichen Probleme aus. Es befindet sich auf neuestem Rechtsprechungsstand. Unter anderem wird das neue Haftungskonzept des BGH zur Vor-GmbH eingearbeitet und die verschleierte Sacheinlage und ihre Heilungsmöglichkeiten dargestellt.

Tillmann/Winter: GmbH-Praktikum – Gründung, Gestaltung, Führung, Beendigung im Gesellschafts- und Steuerrecht – von RA und FA für Steuerrecht Prof. Dr. Bert Tillmann, Regierungsdirektor a.D. Willi Winter, 3. Auflage 1999; Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 421 Seiten, Lexikonformat, geb., 86,- DM, Sonderpreis für Mitglieder der Centrale für GmbH 74,- DM, ISBN 3-504-32163-6

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Heft 1-11

Abfindungsvergleich	
- Vorbehalt	99, 133, 192
Abschlußprüfung	
- Bilanzmanipulation	99, 218
- Dritthaftung	99, 218
- Fortsetzungsprüfung	
= Prüfungsumfang	99, 248
- Gründungsprüfung	99, 225
- Nachtragsprüfung (s. Fortsetzungsprüfung)	
Abretung	
- > des Honoraranspruchs	99, 265
Akteneinsicht	
- > durch Haftpflichtversicherer	99, 161
- Ermittlungsakten, StA	99, 161
Allgemeine Auftragsbedingungen	
- Dritthaftung	99, 218
- Einbeziehung	99, 218
Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)	
- Honorarvereinbarung, Liquidator	
= Auslegung	99, 85
Amtspflichtverletzung	
- Rechtsberatung durch StB/WP	99, 161
Anerkenntnis	
- Verjährungsunterbrechung	
= Zukunftsschaden	99, 192
Anwaltsvertrag	
- RA und Aufsichtsrat	99, 33
- Zustandekommen des >	99, 33
Arglisteinwand	
- Schlichtungsklausel	99, 216
Aufsichtsrat	
- Anwaltstätigkeit des >	99, 33
Auskunftsvertrag	
- Zurechnungszusammenhang	
= Zeitablauf	99, 176
Belehrungspflicht des RA	
- >, baubegleitende	99, 6
Belehrungspflicht des StB/WP	
- Betriebsaufgabe	99, 271
- Bilanzierungspflicht	
= Kleingewerbetreibender	99, 98
- Entnahme, steuerfreie,	
§ 52 Abs. 15 Satz 8 Nr. 2 EStG	99, 18
- Fehler des Vorberaters	99, 197
- Frist	
= Klage, aussichtslos	99, 186
- Investitionszulagenantrag	99, 50
- Kleingewerbetreibender	
= Bilanz, unnötige	99, 98
- Reinvestitionsrücklage	99, 171
- Vollverzinsung, § 233a AO	99, 199
Berichtigung, § 129 AO	
- Einnahme-/Überschußrechnung	99, 46
- USt-Vorauszahlung	99, 46
Berufspflichtverletzung	
- Mitteilung an Berufskammer	99, 158
Berufsverbot	
- > des RA	
= wg. Verteidigerpost	99, 75
Berufung	
- >, zweite	99, 12
Berufungsbegründung	
- Darlegungslast	99, 186

Berufungsbegründungsfrist			
- Antrag, mangelhafter	99, 116	= Beförderung der Post	99, 29
- Fristenkontrolle	99, 113, 117	- > durch Mitarbeiter	99, 236
- Verlängerungsantrag, erster	99, 83	- > durch Kurierdienst	99, 4
- Wiedereinsetzung	99, 83	= Brief an unzuständiges Gericht	99, 236
		= Empfangsbekenntnis,	99, 12
		= Postlaufzeit	99, 141
Berufungsfrist		= Unterzeichnung des >	99, 141
- Parteibezeichnung	99, 32	= Verkehrsstau	99, 4
		= Verschuldensmaßstab	99, 117
Berufungsschrift		= Wartepflicht des Gerichts	99, 30
- Auslegung der >	99, 32	= Weiterleitung durch Gericht	99, 238
- Falschbezeichnung, erkennbare	99, 32	= Kanzlei, gemischte	99, 113
		- Organisationsanweisung	99, 61
Beschlagnahmebeschluss		= Anruf des Gerichts	99, 61, 112
- Bestimmtheit	99, 203	= Briefbeförderung	99, 28
- Bilanzen etc.	99, 203	= EDV-Kontrollausdruck	
		= Faxnummer, falsche	
Betreuer		= Fristenkontrollbuch	
- Rechtsanwalt		= Gerichtspost	
= Prozeßführungsrecht	99, 264	- Telefax	
		= Nummer, falsche	
Betriebsaufgabe		- Vorfrist	99, 170
- Belehrungspflichten	99, 271		
		Gerichtsstand	
Betrug		- Honorarklage	99, 241
- Zahlungsunfähigkeit, Bestellung	99, 24	- Zuständigkeitsbestimmung	99, 241
Beweislast		Gesamtschuld/-schuldner	
- Anscheinsbeweis		- Verkehrs- und Prozeßanwalt	99, 124
= Rechtsauffassung des FA	99, 147		
- Aufklärung/Belehrung, unterlassene		Gewinnermittlung	
= > des Steuerberaters	99, 246	- Wahl der Art der >	99, 66
- Beratung, unterlassene			
= Substantiierung	99, 246	GI Aktuell	
- Betriebsprüfungsbericht	99, 147	- Aktivierung, Gewinnansprüche	99, 81
- Honorarrückforderung	99, 39	- Antragsunterschrift, InvZul	
- Sitzungsprotokoll	99, 73	= Telefax	99, 81
- Vergleichsinhalt	99, 73	- Belastung, außergewöhnliche	
		= Befruchtung, künstliche	99, 210
Buchführungsauftrag		- Berufsausbildung	99, 237
- Belehrungspflichten		- Berufspflichtverletzung	
= Auslandsrechnung, § 51 UStDV	99, 211	= Mitteilung an Berufskammer	99, 158
- Neuerstellung		- BVerfG-Urteile zur Familienbesteuerung	
= Darlegungslast	99, 197	= Folgen	99, 60
- Vorkontierung des Mandanten	99, 211	- Einkommensteuertarif	99, 132
		- Existenzminimum	99, 54
Darlegungslast		- Familienbesteuerung	99, 262
- Buchführung, Neuerstellung	99, 197	- Fristversäumnis, Verkehrsstau	99, 4
- Nachbesserung	99, 197	- Fristwahrung, Postversand	99, 236
		- GbR mbH	99, 263
Dritthaftung		- Gewerbebeertragsteuer	99, 28
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter		- Haushaltsfreibetrag	
= Allgemeine Auftragsbedingungen	99, 218	= bei Ehegatten	99, 54
= Auskunft	99, 176	- Kinderbetreuungskosten	
= Bilanzmanipulation	99, 218	= bei Ehegatten	99, 54
= Dritte, Kreis der >	99, 218	- Kinderfreibeträge	99, 58
= Finanzierungsmaßnahme, konkrete	99, 218	- Kindergeld	
= Kreditgeber	99, 218	= Berufsausbildung	99, 237
		- Kündigungsfrist	
Entnahme		= Insolvenz (Konkurs)	99, 185
- >, steuerfreie, § 52 Abs. 15 Satz 8 Nr. 2 EStG	99, 18	- Lebensversicherung	
		= Vertragsänderung	99, 107
Erhaltungsmodell		- Lohnsteuer	
- Steuervorteile	99, 138	= ArbG-Beiträge, Gruppenversicherung	99, 184
		= Trinkgelder	99, 108
Finanzgerichtsordnung		- Postversand, Beförderungsrisiko	99, 236
- Vorbringen, verspätetes, § 79b Abs. 2 FGO		- Restitutionsklage, Anmeldefrist	99, 2
= Unterlagen beim Konkursverwalter	99, 24	- Schriftformerfordernis	
		= Urkunde, Anlagen	99, 184
Firma		- Schuldzinsen, private	99, 4
- Zusatz „und Partner“	99, 49	- Schuldzinsenabzug, Baudarlehen	99, 81
		- Sonderausgaben, § 10 EStG	
Fristenkontrolle		= Beschäftigungsverhältnis,	
- Berufungsbegründungsfrist	99, 113, 116, 117	hauswirtschaftliches	99, 263
- Bote	99, 29	- Telefax	
- Empfangsbekenntnis	99, 25	= Unterschrift	99, 81
- Fristenkontrollbuch		= Vergütung, urheberrechtliche	99, 82
= Erledigungskontrolle	99, 12	- Telefonwerbung	99, 106
= >, EDV-gestütztes	99, 113	- Versicherungsbedingungen	
= Fristverfügung, Klebezettel	99, 83	= Anpassungsklausel	99, 107
= Organisationsanweisung	99, 61, 112	- Zinsbesteuerung verfassungsgemäß	99, 80
= Organisationsverschulden,		- Zulassung, Rechtsanwalt, DDR	99, 2
Klebezettel	99, 83		
= Streichung der Frist	99, 28		
- Fristversäumnis, unverschuldetes		GmbH	
= Anweisung		- Auflösung	
- > an Bürokraft	99, 12, 61, 112, 238	= Gründungsgesellschaft	99, 174
- Klebezettel	99, 83		

- Bareinlageverpflichtung	99, 20	= Mittelgebühr	99, 71, 196
- Geschäftsführer		= Steuerfachgehilfe	99, 229
= Einlagebestätigung	99, 20	= Tätigkeiten, sonstige,	
		§ 33 Abs. 7 StBGebV	99, 71
Gründungsprüfung		= Vorarbeiten für Steuererklärung	99, 229
- Bewertungsfehler	99, 225		
Hilfeleistung in Steuersachen		Immobilienverkauf	
- siehe unter Steuerberatungsgesetz		- Beratungsvertrag	99, 138
		- Berechnung der Steuervorteile	99, 138
Honoraranspruch des RA		Internet	
- Belehrungspflicht über >	99, 33	- Werbeverbot	
- Einforderbarkeit, Fälligkeit	99, 33	= Gästebuch	99, 185
- Honorarvereinbarung			
= Auslegung	99, 85	Investitionszulage	
- Liquidator	99, 85	- Auftrag zur Beantragung der >	99, 50
- Rechtsbeistandstätigkeit	99, 33	- Betriebsvorrichtung	99, 50
- Rechtsberatung, telefonische	99, 203	- Ladeneinbau	99, 50
- Zeitvergütung, Einziehung	99, 203	- Unterschrift	99, 81
Honoraranspruch des StB/WP		Kausalität	
- Abschlagszahlungen	99, 275	- Information des Mandanten	99, 43
= Verrechnung	99, 64	- Investitionen, unterlassene	99, 271
- Abtretung des >	99, 265	- > zwischen Pflichtwidrigkeit	
- Änderung der Rechnung		und Schaden	
= > im Gebührenrechtsstreit	99, 71	= Entscheidung des Gerichts	99, 69
- Bereicherung, ungerechtfertigte	99, 174	= § 6b EStG - Beratung	99, 171
- Bereicherungsanspruch	99, 39	= Verhalten, beratungskonformes	99, 91, 171
= > des Mandanten	99, 125	- Unterbrechung der >	
(s. auch Rückforderungsanspruch, § 812 BGB)		= Rechtsanwalt, neuer	99, 44
- Bestimmungsrecht, § 315 BGB	99, 39	- Vorteile, wirtschaftliche	99, 271
- Betriebsprüfung	99, 196	- Zurechnungszusammenhang	
- Bilanz, unnötige	99, 98	= Zeitablauf	99, 176
- Buchführung		Klageauftrag	
= Abstimmung	99, 151	- Belehrung über Fristen	
= Einrichten der >, §§ 32, 13 StBGebV	99, 71	= Aussichtslosigkeit	99, 186
= Rahmensatz	99, 71		
= Tätigkeiten, sonstige, § 33 Abs. 7 StBGebV	99, 71	Kommanditgesellschaft	
= Überschußrechnung, § 33 StBGebV	99, 66	- Kommanditist	
= Verprobung	99, 151	= Einlage, Rückzahlung	99, 194
- DATEV-Gebühren	99, 151	= Haftung	99, 194
- Ehegattenveranlagung		Kostenerstattung	
= Erhöhungsgebühr, § 6 StBGebV	99, 204	- RA-Honorar, Straßenneubau	99, 203
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV		- StB-Kosten	99, 18
= Einzelangaben, nachträgliche	99, 71		
= Unterschrift	99, 255	Liquidator	
- Erfüllungsort	99, 241	- Honorar	
- Ermittlungsverfahren, § 31 StBGebV	99, 39	= Sondervergütung	99, 85
- Fälligkeit, § 7 StBGebV	99, 42		
- Fristverlängerungsantrag	99, 204	Mandatsniederlegung	
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV		- Fristenlauf	99, 29
= Bestimmungsrecht, Festlegung	99, 39, 64	- Mitteilungspflicht	99, 29
= Buchführung	99, 71		
= Darlegungslast	99, 66	Mittelverwendungskontrolle	
= Gegenstandswert, falscher	99, 204	- Mandatsumfang	99, 252
= Lohnbuchhaltung	99, 71	- Verein, gemeinnütziger	99, 252
= Mittelgebühr	99, 229		
- Gerichtsstand für Klagerecht		Mitverschulden	
= Zuständigkeitsbestimmung	99, 241	- Bareinlage, GmbH	99, 20
- > gg. Kommanditisten	99, 194	- Fristüberwachung	99, 199
- Insolvenzbeschlagnahme	99, 265	- Informationen an RA	
- Kleingewerbetreibender	99, 98	= > durch Mandanten	99, 108
- Leistungsort	99, 241	- Informationen an StB	99, 43
- Lohnbuchhaltung, § 34 StBGebV		- Prüfungspflicht des Mandanten	99, 25
= Rahmensatz	99, 71	- Rechtsmittel, unterlassenes	99, 246
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV		= Steuererklärung	
= Vereinbarung, unwirksame	99, 64	= Zinserträge	99, 25
- Rechnung, fehlerhafte		Nachbesserung	
= Nachbesserung	99, 39	- Darlegungslast	99, 197
- Rückforderungsanspruch, § 812 BGB	99, 125	- Kosten der >	99, 197
= Vorschüsse	99, 275	- Rechnung, fehlerhafte	99, 39
- Schlechtleistung	99, 125	- Schaden	99, 125
- Tätigkeit, sonstige, § 33 Abs. 7 StBGebV	99, 71		
- Teilzahlung	99, 275	Notar	
- Unternehmensberatung	99, 193	- Belehrungspflichten	
- Unterzeichnung der Rechnung	99, 255	= >, steuerliche	99, 280
- Verjährungsbeginn, § 196 Abs. 1 Nr. 15	99, 42	= Subventionen	99, 280
- Vorschuß	99, 275	= Vorleistungen, ungesicherte	99, 91
= Rückzahlung des >	99, 174	- Löschungsurkunde	99, 161
- Wirtschaftsberatung	99, 193	- Tätigkeit, betreuende, § 24 BNotO	
- Zeitgebühr/-honorar		= Löschungsurkunde, Treuhandaufgabe	99, 161
= Angaben, § 13 StBGebV	99, 42	- Vorleistungen, ungesicherte	
= Betriebsprüfung	99, 196	= Grundstück an Liebhaber	99, 91
= Einrichten der Buchführung	99, 71		
= Ermittlungsverfahren	99, 39		

Praxisveräußerung

- Arglistigeinwand 99, 216
- Schlichtungsklausel 99, 216

Prozeßvollmacht

- BGB-Gesellschaft 99, 49

Rechtsanwalt

- Belehrungspflicht
 - = Vergütungsanspruch 99, 33
- Beratungspflichten
 - = Bauvertrag 99, 6
- Betreuer 99, 264
- Grundsatz des sichersten Weges 99, 124
- Kündigungsschutzklage
 - = Sachverhaltsaufklärung 99, 108
 - = zwei Kündigungserklärungen 99, 108
- Liebhaberei 99, 26
- > und Steuerberater
 - = Kammerbeitrag 99, 213
- Rechtsberatungs-Hotline 99, 264
- Sachverhaltsermittlung 99, 108
- Strafvereitelung 99, 264
- Strafverteidigung, Grenzen der > 99, 264
- Syndikus
 - = Berufsfreiheit 99, 134
 - = Mandatsvertrag, nichtiger 99, 134
 - = Tätigkeitsverbot 99, 134
- Tätigkeitsschwerpunkt
 - = Forderungseinzug 99, 100
- Untätigkeit 99, 44
- Verfahren, berufsgerichtliches
 - = Bindungswirkung, Strafbefehl 99, 239
- Versicherungsmandat 99, 44, 192
- Verkehrs-/Prozeßanwalt 99, 124
- Vertreter
 - = Rechtsmittelschrift 99, 115
 - = >, amtlich bestellter 99, 115

Rechtsberatung/Rechtsbesorgung

- Amtspflichtverletzung wg. > 99, 161
- Hotline 99, 264
- > durch Wirtschaftsprüfer, Art. 1 § 5 Nr. 2 RBerG
 - = Vertragsberatung 99, 50
 - = >, telefonische 99, 203
 - = Zeitvergütung, Einziehung 99, 203
- Unternehmensberatung 99, 185, 193
- Vermögensgesetz 99, 264
- Wirtschaftsberatung 99, 193
- Wirtschaftsprüfer
 - = Rückübertragungsanspruch 99, 264

Rechtsmittel

- Gerichtsentscheidung
 - = Form, falsche 99, 61
 - = Meistbegünstigungsgrundsatz 99, 61
- >, einheitliches 99, 12
- >, wiederholtes 99, 12

Rechtswidrigkeitszusammenhang

- Zeitablauf 99, 176

Schaden

- Betriebsaufgabe 99, 271
- Darlegungslast
 - = Vermögensgegenüberstellung 99, 271
- Eigentumswohnung 99, 16
- Honorar an StB 99, 125
- Investitionen, steuersparende, Unterlassen der > 99, 271
- Kalkulationsschaden, USt 99, 22
- Kosten des StB 99, 18
- Nachbesserungskosten 99, 125
- Prozeßverlust 99, 69
- Reserven, stille, Aufdeckung 99, 271
- Schadenbetrachtung, konsolidierte
 - = Eigentumswohnung 99, 16
- Sozialversicherungsbeiträge 99, 119
- Sozialversicherungshaftung 99, 119
- Steuerzinsen 99, 147
- Umsatzsteuer 99, 22
- Verspätungszuschlag
 - = Verzug des StB 99, 275
- Verzugsschaden 99, 69

- Zinsschaden
 - = Berechnung, abstrakte 99, 161

Schädigung, sittenwidrige, § 826 BGB

- Auskunft 99, 176
- Zurechnungszusammenhang
 - = Zeitablauf 99, 176

Schlichtungsklausel

- Praxisveräußerung 99, 216

Sozialrecht

- Beratung durch StB/WP 99, 119

Sozietät

- >, überörtliche
 - = Rechtsanwalt 99, 75
 - = Zweigstellenverbot 99, 75

Steuerberater

- > und Rechtsanwalt
 - = Kammerbeitrag 99, 213
- Wechsel des > 99, 147

Steuerberaterkammer

- Berufspflichtverletzung, Mitteilung an > 99, 158

Steuerberatungsgesetz

- § 33, Hilfeleistung in Steuersachen
 - = Sozialversicherungsberatung 99, 119

Steuerberatungsvertrag

- Inhalt des >
 - = Mittelverwendung 99, 252
- Investitionszulagenantrag 99, 50
- Kreditvermittlung 99, 15
- Nachbesserungsrecht 99, 197
- Pflicht
 - = > zur Rundumbetreuung 99, 252
- Regreß gg. Vorberater 99, 197
- Sozialversicherungsberatung 99, 119
- Zustandekommen des >
 - = Abschluß, stillschweigender 99, 15
 - = > mit Mitarbeiter 99, 22

Steuerbescheid

- Übersendungsart 99, 43

Steuererklärung

- Abgabe, rechtzeitige 99, 69

Umsatzsteuer

- Auslandsrechnung
 - = Leistungsempfänger deutsch 99, 211
 - = Mehrwertsteuerausweis, offener 99, 211

Unternehmensberater

- Rechtsberatung 99, 185

Unterschrift

- Honorarrechnung
 - = Klageschrift 99, 255
- Wiedereinsetzung 99, 5

Ursachenzusammenhang

- siehe unter Kausalität

Verfahren, berufsgerichtliches

- Bindung, Strafbefehl 99, 239

Verjährung, § 196 Abs. 1 Nr. 5 BGB

- Rechnung, verzögerte 99, 229
- Unterbrechung der > 99, 229

Verjährung, § 852 BGB, § 19 BNotO

- Kenntnis des Ersatzpflichtigen
 - = Ausschluß anderweitiger Ersatzmöglichkeit 99, 188
- Verjährungsbeginn
 - = Ersatzmöglichkeit, anderweitige 99, 161, 188

Verjährung, § 51b BRAO

- Belehrung über Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch
 - = Anlaß zur Belehrung 99, 161
- Kenntnis des Fehlers und Verjährungsvorschrift
 - = Mandant, Volljurist 99, 161
 - = RA, neuer 99, 161

Verjährung, § 68 StBerG, § 51a WPO

- Belehrungspflicht über Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch = Anlaß für > 99, 242
- Verjährungsbeginn = Fristversäumnis 99, 242
- = Kenntnis des Mandanten 99, 242
- Verjährungshemmung = Ende der > 99, 242
- = FG-Verfahren 99, 242

Verjährungsunterbrechung

- Klage, unzulässige 99, 229
- Rechnung, verzögerte 99, 229

Versäumnisurteil

- >, zweites 99, 12
- Wartepflicht des Gerichts 99, 141

Verschulden

- Kollegialgerichtsentscheidung = Steuerberater 99, 242

Verschwiegenheit

- Abtretung der Honorarforderung 99, 265

Versicherungsberatung

- Rechtsanwalt = Brandschaden 99, 44
- = Kfz.-Schaden 99, 192
- Verjährung, §§ 852 BGB, 14 StVG, 3 PfIVG 99, 192

Versicherungsschutz

- Abfindung unter Vorbehalt 99, 133
- = Akteneinsicht = Ermittlungsakten, StA 99, 161
- Rechtsschutzversicherung = Kostenerrhöhung, unnötige = Obliegenheitsverletzung 99, 48
- Verjährung 99, 133
- Vertrauensschadenversicherung 99, 133

Verspätungszuschläge

- Verzugschaden 99, 69

Vertrauensschadenversicherung

- Verschulden des Geschädigten 99, 133

Verzug

- Schaden = Verspätungszuschlag 99, 275
- > des Steuerberaters 99, 69

Vollmacht

- Anscheinsvollmacht 99, 26
- Rechtsbehelfsverfahren 99, 26

Vollverzinsung, § 233a AO

- Belehrung, Vermeidungsstrategie 99, 199
- Mitverschulden 99, 199

Vorteilsausgleichung

- Steuerzinsen, § 233 AO 99, 147

Werbeverbot

- Informationsbrief 99, 264
- Internet 99, 185
- Leistungsbeschreibung 99, 75
- Notar = Briefbogen, Farbe 99, 100
- Praxisbroschüre 99, 75
- Qualitätswerbung 99, 203
- Rechtsberatungs-Hotline 99, 264
- Rundschreiben 99, 264
- Selbstdarstellung, erlaubte 99, 24
- Sozietät, gemischte 99, 24
- Telefonberatung 99, 203

Wettbewerb, unlauterer

- Qualitätswerbung 99, 203
- Telefonauskunft 99, 203
- Unterlassungsanspruch = > gg. Sozietät 99, 203

Wettbewerbsverbot

- Sittenwidrigkeit 99, 101
- >, nachvertragliches 99, 101

Wiedereinsetzung

- Berufungsbegründungsfrist (s. dort)
- Beschwerde = Sachvortrag, Zuverlässigkeit 99, 238
- Unterschrift 99, 5
- Vertrauensschutz 99, 5

Wirtschaftsberatung

- Rechtsberatung 99, 193

Wirtschaftsprüfer

- Ersatzanspruch = >, abgetretener 99, 161
- = > wg. Amtspflichtverletzung 99, 161
- Rechtsberatung = Rückübertragungsanspruch 99, 264
- WP-Gesellschaft = Niederlassungsleiter 99, 100

Zinsschaden

- Berechnung, abstrakte 99, 161

Zugang

- Übersendungsart 99, 43

Zweigstellenverbot, § 28 Abs. 1 BRAO

- 99, 75

BVerfG v. 24.7.1997 - 1 BvR 1863/96 99, 100
= WPK-Mitt 97, 317

BVerfG v. 20.10.1998 - 1 BvR 1730/98 99, 2

BVerfG v. 10.11.1998 - 2 BvR 1057/91 99, 54

BVerfG v. 10.11.1998 - 2 BvL 42/93 99, 58

BVerfG v. 10.11.1998 - 2 BvR 1852/53/97 99, 58

BVerfG v. 17.11.1998 - 1 BvL 10/98 99, 28

BVerfG v. 26.11.1998 - 1 BvR 2069/98 99, 2

BVerfG v. 23.8.1999 - 1 BvR 1138/97 99, 236

BVerfG v. 23.8.1999 - 1 BvR 2164/98 99, 262

BGH v. 21.4.1997 - II ZB 14/96 99, 49

= WPK-Mitt 97, 244

BGH v. 26.5.1997 - AnwZ (B) 64/96 99, 100

= WPK-Mitt 97, 322

BGH v. 14.7.1997 - II ZR 238/96 99, 101

= WM 97, 1707

BGH v. 19.12.1997 - 2 StR 420/97 99, 24

= wistra 98, 177

BGH v. 17.2.1998 - 1 StR 5/98 99, 24

= wistra 98, 179

BGH v. 2.4.1998 - I ZR 4/96 99, 75

= AnwBl 98, 604

BGH v. 2.7.1998 - IX ZR 63/97 99, 33

BGH v. 16.7.1998 - VII ZR 409/97 99, 12

BGH v. 16.7.1998 - VII ZB 7/98 99, 32

BGH v. 30.7.1998 - III ZB 7/98 99, 12

BGH v. 20.8.1998 - VII ZB 6/98 99, 30

BGH v. 10.9.1998 - II ZB 21/98 99, 29

BGH v. 17.9.1998 - I ZB 33/98 99, 117

BGH v. 17.9.1998 - IX ZR 237/97 99, 85

BGH v. 17.9.1998 - IX ZR 291/97 99, 6

BGH v. 28.9.1998 - II ZB 19/98 99, 5

BGH v. 30.9.1998 - IV ZR 323/97 99, 133

= NVersR 99, 44

BGH v. 8.10.1998 - VII ZB 21/98 99, 116

BGH v. 12.10.1998 - II ZB 11/98 99, 113

BGH v. 22.10.1998 - VII ZB 15/98 99, 115

BGH v. 27.10.1998 - X ZB 20/98 99, 112

BGH v. 3.11.1998 - VI ZB 29/98 99, 61

BGH v. 11.11.1998 - VIII ZB 24/98 99, 83

BGH v. 18.11.1998 - VIII ZR 344/97 99, 216

BGH v. 19.11.1998 - IX ZR 152/98 99, 4, 141

BGH v. 26.11.1998 - 4 StR 207/98 99, 264

= wistra 99, 140

BGH v. 27.11.1998 - V ZR 344/97 99, 138

BGH v. 10.12.1998 - IX ZR 358/97 99, 171

BGH v. 17.12.1998 - VII ZB 19/98 99, 83

BGH v. 25.1.1999 - AnwZ (B) 48/98 99, 213

BGH v. 28.1.1999 - I ZR 208/96 99, 82

BGH v. 11.2.1999 - IX ZR 14/98 99, 108

BGH v. 25.2.1999 - IX ZR 384/97 99, 134

BGH v. 25.2.1999 - IX ZR 30/98 99, 188

BGH v. 9.3.1999 - VI ZB 3/99 99, 170

BGH v. 11.3.1999 - III ZR 156/98 99, 203

BGH v. 16.3.1999 – XI ZR 76/98	99, 106	LG Aschaffenburg v. 7.5.1998 – 2 S 289/97	99, 229
BGH v. 17.3.1999 – IV ZR 218/97	99, 107	LG Berlin v. 18.8.1998 – 16 O 121/98, n.rkr. = AnwBl 99, 115	99, 264
BGH v. 25.3.1999 – IX ZR 223/97	99, 265	LG Berlin v. 16.9.1998 – 22 O 294, 98, rkr.	99, 252
BGH v. 12.4.1999 – AnwSt (R) 11/98	99, 239	LG Bonn v. 13.5.1998 – 5 S 199/97	99, 18
BGH v. 15.4.1999 – IX ZR 328/97	99, 161	LG Chemnitz v. 15.1.1999 – 5 Qs 2/99	99, 203
BGH v. 22.4.1999 – IX ZR 112/98	99, 211	= wistra 99, 154	
BGH v. 6.5.1999 – VII ZB 6/99	99, 238	LG Düsseldorf v. 9.6.1998 – 7 O 364/97	99, 125
BGH v. 11.5.1999 – IX ZR 298/97	99, 186	LG Frankfurt/O. v. 30.9.1998 – 13 O 154/98, rkr.	99, 147
BGH v. 30.6.1999 – XII ZR 55/97	99, 184	LG Freiburg v. 30.9.1997 – StL 1/97	99, 75
BGH v. 27.9.1999 – II ZR 371/98	99, 263	= WPK-Mitt 98, 337	
		LG Krefeld v. 10.1.1997 – 1 S 115/96, rkr.	99, 98
OLG Dresden v. 13.1.1998 – 14 U 472/97	99, 264	LG Leipzig v. 9.3.1998 – 6 Qs 160/97	99, 161
= OLG-Report 99, 274		= RBeistand 98, 70	
OLG Dresden v. 9.2.1998 – 17 U 267/97	99, 73	LG Lüneburg v. 26.8.1997 – 3 O 402/96, rkr.	99, 20
OLG Dresden v. 9.6.1998 – 14 U 3245/97	99, 24	LG Marburg v. 14.10.1998 – 5 S 14/98, rkr.	99, 22
= BRAK-Mitt 98, 235		LG Osnabrück v. 11.1.1999 – 2 O 418/98	99, 280
OLG Düsseldorf v. 13.2.1997 – 13 U 281/93	99, 16		
OLG Düsseldorf v. 9.10.1997 – 13 U 153/96	99, 275	AG Bremen v. 19.8.1998 – 25 C 0146/98	99, 48
OLG Düsseldorf v. 23.10.1997 – 13 U 225/96	99, 15	AG Dortmund v. 15.1.1999 – 131 C 6383/98	99, 255
OLG Düsseldorf v. 20.11.1997 – 13 U 25/97	99, 64	AG Duisburg-Hamborn v. 28.10.1997 – 7 C 698/97	99, 151
OLG Düsseldorf v. 20.11.1997 – 13 U 32/97	99, 66	AG Kassel v. 24.8.1998 – 415 C 5461/97, rkr.	99, 199
OLG Düsseldorf v. 8.1.1998 – 13 U 8/97	99, 197	AG Neuss v. 21.8.1998 – 39 C 282/96	99, 204
OLG Düsseldorf v. 8.1.1998 – 13 U 57/97	99, 242	= StB 99, 61 m. Anm. Späth	
OLG Düsseldorf v. 26.2.1998 – 13 U 61/97	99, 119		
OLG Düsseldorf v. 5.3.1998 – 13 U 84/97	99, 174	BFH v. 15.10.1996 – VII B 119/96	99, 24
OLG Düsseldorf v. 26.3.1998 – 13 U 63/97	99, 196	= BFH/NV 97, 514	
OLG Düsseldorf v. 2.4.1998 – 13 U 86/96	99, 39	BFH v. 31.10.1996 – VIII B 11/96	99, 25
OLG Düsseldorf v. 4.6.1998 – 13 U 151/97	99, 42	= BFH/NV 97, 459	
OLG Düsseldorf v. 4.6.1998 – 13 U 154/97	99, 194	BFH v. 8.11.1996 – VII R 89/96	99, 4
OLG Düsseldorf v. 9.7.1998 – 13 U 164/97	99, 69	= BFH/NV 97, 492	
OLG Düsseldorf v. 10.12.1998 – 13 U 231/97	99, 71	BFH v. 28.11.1996 – XI R 76/95	99, 4
OLG Düsseldorf v. 15.12.1998 – 24 U 27/98, rkr.	99, 218	= BFH/NV 97, 497	
OLG Frankfurt v. 27.6.1997 – 24 U 202/95	99, 246	BFH v. 4.12.1996 – IV B 51/96	99, 26
OLG Frankfurt v. 5.11.1998 – 6 U 130/98	99, 203, 264	= BFH/NV 97, 500	
= EWiR 99, 161, Anm. Henßler = NJW 99, 152		BFH v. 12.2.1997 – X B 146/96	99, 26
OLG Frankfurt v. 19.2.1999 – 24 U 85/97	99, 185	= BFH/NV 97, 542	
= OLG-Report 99, 179		BFH v. 10.3.1997 – V R 63/96	99, 49
OLG Hamm v. 21.3.1997 – 25 U 110/96	99, 25	= BFH/NV 97, 770	
= NWB Fach 30, 1127		BFH v. 13.3.1997 – III B 135/96	99, 28
OLG Hamm v. 18.6.1997 – 25 U 6/97;	99, 248	= BFH/NV 97, 773	
Vorinstanz: LG Bochum, GI 97, 173		BFH v. 13.3.1997 – III B 185/96	99, 28
OLG Hamm v. 14.9.1998 – 6 U 48/98	99, 133	= BFH/NV 97, 773	
= OLG-Report 99, 69		BFH v. 22.4.1998 – XI R 10/97	99, 26
OLG Hamm v. 6.10.1998 – 1 Sbd 46/98	99, 241	= NJW 98, 2471	
OLG Hamm v. 21.10.1998 – 25 U 95/97	99, 225	BFH v. 27.10.1998 – IX R 44/95	99, 81
OLG Jena v. 4.8.1998 – 8 U 391/98	99, 176	BFH v. 27.10.1998 – IX R 19/96 + 29/96	99, 81
		BFH v. 26.11.1998 – IV R 52/96	99, 81
OLG Karlsruhe v. 22.12.1994 – 18a U 12/94, rkr.	99, 50	BFH v. 15.12.1998 – VIII R 6/98	99, 80
nach Rücknahme der Revision unter Az. IX ZR 22/95		BFH v. 17.12.1998 – III R 87/96	99, 81
OLG Karlsruhe v. 14.10.1998 – 6 U 120/97	99, 264	BFH v. 19.2.1999 – VI R 43/95	99, 108
= OLG-Report 99, 238		BFH v. 16.4.1999 – VI R 60/96 + 66/97	99, 184
OLG Koblenz v. 28.10.1997 – 4 O 759/97	99, 50	BFH v. 18.5.1999 – III R 46/97	99, 210
OLG Koblenz v. 18.6.1998 – 5 U 1653/97	99, 193	BFH v. 19.5.1999 – XI R 120/96	99, 263
OLG Koblenz v. 13.4.1999 – 4 U 1730/98	99, 264		
= OLG-Report 99, 273		FG Berlin v. 20.11.1998 – 8 K 8072/97	99, 46
OLG Köln v. 29.7.1998 – 6 U 66/98	99, 203	FG Brandenburg v. 10.11.1993	99, 50
= BRAK-Mitt 99, 43		– 2 K 154/92 I	
OLG Köln v. 6.8.1998 – 18 U 293/98	99, 43		
OLG Köln v. 19.2.1999 – 19 U 115/98	99, 271	BAG v. 16.6.1999 – 4 AZR 191/98	99, 185
= OLG-Report 99, 265			
Az. d. BGH: XI ZR 123/99		Schleswig-Holst. Anwaltsgerichtshof	
OLG München v. 15.12.1997 – 1Z RR 338/96	99, 44	v. 19.6.1998 – 2 AGH 4/98	99, 75
= AnwBl 98, 608		= AnwBl 98, 605	
OLG München v. 27.2.1998 – 21 U 4491/97	99, 124		
= AnwBl 98, 608		VG Sigmaringen v. 4.12.1997 – 8 K 268/96	99, 100
OLG München v. 21.7.1998 – 5 U 5920/976	99, 192	= WPK-Mitt 98, 351	
= AnwBl 98, 609			
OLG München v. 23.7.1998 – 29 U 4042/98	99, 264	OFD Frankfurt v. 5.11.1998 – S 0824 A-2-St II 41	99, 158
= NJW 99, 150			
OLG Nürnberg v. 18.12.1996 – 4 U 3322/96	99, 161		
= RBeistand 98, 29			
OLG Nürnberg v. 23.3.1999 – 3 U 3977/98	99, 185		
= OLG-Report 99, 199			

Sozietätshaftung • Scheinsozietät • Gesamtschuldnerschaft • Anwaltlicher Aufgabenbereich • Veruntreuung (BGH); Steuerberaterhonorar • Vorarbeiten • Gebührenrahmen • Lohnbuchhaltung • Zeitgebühr • Zurückbehaltungsrecht (OLG Düsseldorf); Steuerberaterhonorar • Honorarvereinbarung • Verjährung • Verjährungsunterbrechung durch Aufrechnung (OLG Düsseldorf);

Anwaltsverjährung • Verjährungsbeginn • Prozeßfehler • Fristablauf • Verjährungseintritt • Sekundäranspruch • Anlaß zur retrospektiven Prüfung (OLG Schleswig); Dritthaftung • Abschlußprüfer gegenüber Bank? • Kontaktaufnahme? • KonTraG (LG Hamburg); und aktuelle Entscheidungen, die von besonderer Bedeutung sind.



Das GI-Spezial „Rechtsprechung zum Steuerberaterhonorar 1980-1999“ ist als Printversion erschienen. Hier sind eine Vielzahl auch nicht veröffentlichter Urteile zu den Alltagsfragen des Gebührenrechts zusammengefaßt.

Eine wahre Fundgrube zur Lösung Ihrer Gebührenfragen, die häufig zu Streitigkeiten mit den Mandanten führen.

IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe
ISSN 1430-550 X

Herausgeber:

Gerling
Marketing Freie Berufe
50597 Köln
Telefon: (02 21) 1 44-40 70
Telefax: (02 21) 1 44-51 55

Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Steuerrecht
(verantwortlich für den Inhalt)

Erscheinungsweise:

12 mal im Jahr, jeweils am
10. des Monats

Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,
Unter den Ulmen 96-98, 50968
Köln

Layout und Satz:

Type Connection,
Bonner Straße 48, 50374 Erftstadt

Druck:

Westholsteinische Verlagsdruckerei
Boyens & Co.,
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746
Heide

Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.
Preis: DM 96,- jährlich inklusive
Mehrwertsteuer und Versandkosten.
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen. Bestellungen nimmt